



VOLKSANWALTSCHAFT



NGO-Forum

„Human Rights First – trotz Sparpaket“

2025

NGO-Forum
2025

Tagungsband
„Human Rights First – trotz Sparpaket“

Inhalt

NGOs und Volksanwaltschaft – eine umfangreiche Zusammenarbeit.....	4
Programm	6
1 „Human Rights First – trotz Sparpaket“ für Frauenrechte	8
1.1 Gewalt gegen Frauen kostet 7,3 Milliarden Euro pro Jahr	9
1.2 Sparpakete gehen zulasten von Frauen.....	23
1.3 Mehrfach diskriminierte Frauen: Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen	90
1.4 Podiumsdiskussion zu Frauenrechten.....	91
1.5 Schlussfolgerungen der Volksanwaltschaft	93
2 „Human Rights First – trotz Sparpaket“ für Menschen mit Behinderungen	95
2.1 Sparpakete wirken sich massiv auf Menschen mit Behinderungen aus.....	96
2.2 Budgetpolitik ist nicht neutral, sondern menschenrechtlich gebunden	110
2.3 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umsetzen	124
2.4 Podiumsdiskussion zu Rechten von Menschen mit Behinderungen	126
2.5 Schlussfolgerungen der Volksanwaltschaft	127

NGOs und Volksanwaltschaft – eine umfangreiche Zusammenarbeit

Die Volksanwaltschaft diskutiert jedes Jahr ein gesellschaftspolitisch und menschenrechtlich relevantes Thema mit der Zivilgesellschaft. Das NGO-Forum widmete sich am 19. Mai 2025 dem Thema „Human Rights First – trotz Sparpaket“. „Trotz Budgetdefizit und Sparkurs dürfen die Förderung und Weiterentwicklung der Menschenrechte nicht an den Rand der politischen Agenda gedrängt werden“, so Volksanwalt Bernhard Achitz, der das NGO-Forum moderierte. Etwa 80 Vertreterinnen und Vertreter von NGOs waren gekommen, um zu diskutieren, wie das gelingen kann und worauf dabei der Fokus gelegt werden sollte. Die Teilnehmenden wurden über die im NGO-Sounding-Board der Volksanwaltschaft vertretenen Organisationen eingeladen. Der Fokus lag auf zwei konkreten menschenrechtlichen Themenbereichen: Die Rechte von Frauen und die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Einmal im Jahr veranstaltet die Volksanwaltschaft ein NGO-Forum, über dessen Thema vorab im Soundingboard diskutiert wird. In den vergangenen Jahren ging es etwa um Kinderrechte (2024), Armutsbekämpfung (2023) oder die Verankerung sozialer Grundrechte in der Verfassung (2023).

[Die Tagungsbände der Vorjahre finden Sie auf der Website der Volksanwaltschaft.](#)

NGO-Soundingboard der Volksanwaltschaft

Die Volksanwaltschaft ist die Nationale Menschenrechtsinstitution Österreichs. In dieser Rolle arbeitet sie intensiv mit der Zivilgesellschaft und NGOs zusammen und dient als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und Politik. Dafür richtete die Volksanwaltschaft das sogenannte NGO-Soundingboard ein, das einen regelmäßigen Austausch zwischen und mit Vertreterinnen und Vertretern der wesentlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Menschenrechtsbereich ermöglicht. Hier werden aktuelle Grundrechtsthemen, politische Herausforderungen und gemeinsame Handlungsfelder besprochen.

NGOs im Menschenrechtsbeirat der Volksanwaltschaft

Etliche NGOs sind außerdem im Menschenrechtsbeirat (MRB) vertreten. Er steht der Volksanwaltschaft als beratendes Gremium zur Seite. Er setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Bundesministerien zusammen. Die Volksanwaltschaft ersucht den MRB regelmäßig um Stellungnahme zu verschiedenen Themen des präventiven Menschenrechtsschutzes und Empfehlungsentwürfen des Nationalen Präventionsmechanismus (NPM).

Forschungskooperation für Menschenrechts-Monitoring

Die Volksanwaltschaft bringt sich gemeinsam mit den NGOs der Österreichischen Liga für Menschenrechte aktiv in die Menschenrechtskontrolle der UNO ein. Die Liga koordiniert das Universal Periodic Review (UPR), den Lagebericht der österreichischen Zivilgesellschaft. Der UPR-Prozess ist ein Instrument des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, das geschaffen wurde, um die Menschenrechtslage in den Mitgliedsstaaten zu überprüfen. Um das Menschenrechts-Monitoring zu verbessern, hat die Liga aus einer Forschungskooperation mit der Volksanwaltschaft und mit Teilfinanzierung durch den Zukunftsfonds ein [Online-Monitoring-Tool](#) ins Leben gerufen, das den aktuellen Umsetzungsstand der menschenrechtlichen Empfehlungen an Österreich zeigen soll.

Programm

Zeit: 19.Mai 2025, 9.00 bis ca 16.30 Uhr

Ort: Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien, Lokal 3, Theophil Hansen (Säulenhalle)

NGO-Forum: „Human Rights First – trotz Sparpaket“

Ab 08.45 Ankommen

09.00 **Begrüßung**

09.05 **Rechte von Frauen: Dringendste Handlungsfelder**

- Impulsvortrag von **Jenny-Kerstin Bauer**, MA
stellvertretende Geschäftsleitung des Netzwerks österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
- anschließende Diskussion

10.00 **Rechte von Frauen: Finanzielle/ökonomische Aspekte**

- Impulsvortrag von **Sophie Achleitner**, MSc
Momentum Institut
- anschließende Diskussion

11.00 **Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der Parlamentsparteien**

12.00 Mittagspause (Säulenhalle)

- **Infotisch und Präsentation UPR-Tools (Florian Horn)**

NGO-Forum: „Human Rights First – trotz Sparpaket“

13.30 Rechte von Menschen mit Behinderungen: Dringendste Handlungsfelder

- Impulsvortrag von MMag.^a DDr.ⁱⁿ **Ursula Naue**
Senior Lecturer, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
- anschließende Diskussion

14.30 Rechte von Menschen mit Behinderungen: Finanzielle/ökonomische Aspekte

- Impulsvortrag von Dr.ⁱⁿ **Angela Wegscheider**
Senior Scientist, Institut für Politikwissenschaft und Sozialpolitik, JKU Linz
- anschließende Diskussion

15.30 Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der Parlamentsparteien

16.30 Abschluss

1 „Human Rights First – trotz Sparpaket“ für Frauenrechte

Das NGO-Forum widmete sich am 19. Mai 2025 dem Thema „Human Rights First – trotz Sparpaket“. Ein Themenblock befasste sich mit Frauenrechten.


1.1 Gewalt gegen Frauen kostet 7,3 Milliarden Euro pro Jahr

Jenny-Kerstin Bauer, MA

stellvertretende Geschäftsleitung des Netzwerks österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen

„Strukturelle Hürden führen dazu, dass Frauen ihre Rechte nicht wahrnehmen können“, sagte Jenny-Kerstin Bauer vom Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen. Sie zählte einige davon auf: Eine von drei Frauen ist von Gewalt betroffen, Frauen verdienen um zwölf Prozent weniger als Männer, ihnen wird 65 Prozent der unbezahlten Sorgearbeit aufgebürdet – und aus all dem folgt dann, dass sie um 40 Prozent weniger Pension bekommen als Männer.

Gewalt gegen Frauen ist auch finanziell relevant: Folgekosten etwa bei der Polizei, in der Justiz, im Gesundheitssystem und durch Arbeitsausfall würden in Österreich 7,3 Milliarden Euro pro Jahr ausmachen. „Entsprechend hoch ist der volkswirtschaftliche Nutzen von Investitionen in Beratungsstellen“, plädierte Bauer für Investitionen in die Gewaltprävention, aber „die Situation ist prekär, es gibt nur kurzfristige, projektbezogene Förderungen für Frauen- und Mädchenberatungsstellen.“



Rechte von Frauen: Dringendste Handlungsfelder

Vortrag von Jenny-Kerstin Bauer
stv. Geschäftsleitung Netzwerk
österr. Frauen- und
Mädchenberatungsstellen

NGO-Forum der Volksanwaltschaft:
„Human Rights First – trotz
Sparpaket“ | 19. Mai 2025

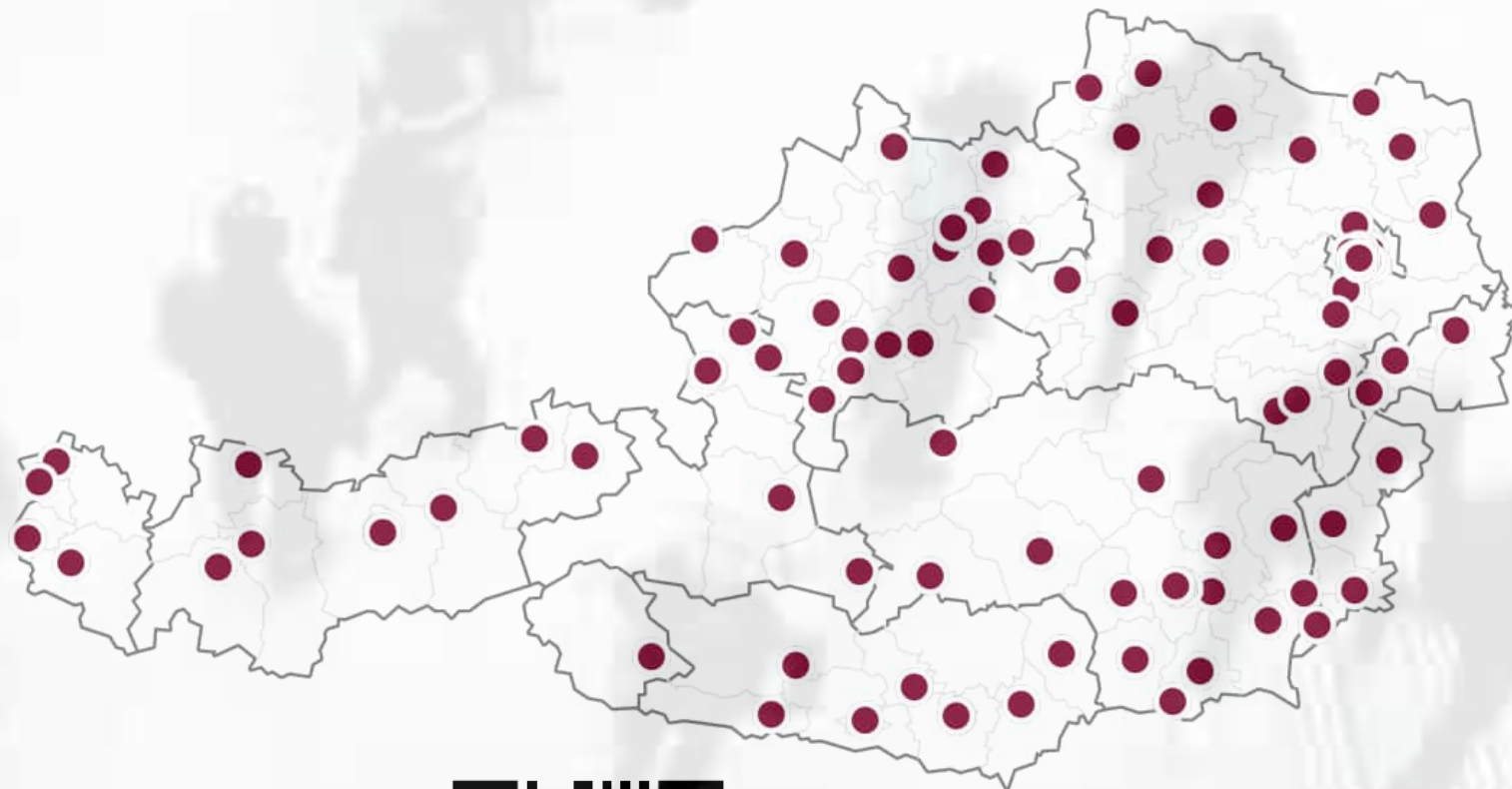
Was ist das Netzwerk österr. Frauen- und Mädchenberatungsstellen?

- **Dachverband** von **65 autonomen Frauen- und Mädchenberatungsstellen** aus allen neun Bundesländern (gegründet 1995), s.a. netzwerk-frauenberatung.at/beratung
- Frauen- und Mädchenberatungsstellen begleiten jährlich mehr als **120.000 Klient*innen** in ganz Österreich

Frauenberatungsstellen
gibt es in Österreich
seit den 1980er-
Jahren.

Die Beratung für
Frauen findet
persönlich,
telefonisch oder
online statt.

Die Beratung ist für die
Frauen **kostenlos,**
vertraulich und auf
Wunsch auch
anonym .



www.frauenberatung.gv.at

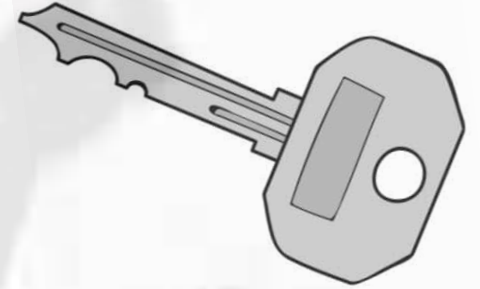
Frauen- und Mädchenberatungsstellen unterstützen Frauen und Mädchen in schwierigen Situationen, z.B. bei Fragen zu:

- Beruf und Arbeit (FBZ, Young FBZ),
- Geld, Existenzsicherung, finanziellen Notlagen,
- familiären Belange, Beziehung,
- Trennung bzw. Scheidung,
- psychischer und körperlicher Gesundheit,
- Wohnen,
- Rechtlichem,
- (Cyber-)Gewalt,
- ...und vieles mehr!



Quelle: Peregrina
www.peregrina.at

Frauen- und Mädchenberatungsstellen als Schlüssel im Unterstützungssystem



- schließen **Versorgungslücken**
- unmittelbare **Krisenintervention**
- mittel- und langfristige Unterstützung in Form von **psychosozialer und rechtlicher Beratung, psychologischer Betreuung, finanzieller Existenzsicherung** und **Vermittlung** an andere spezialisierte Einrichtungen

Diese Dienstleistungen stellen sicher, dass jede Frau und jedes Mädchen eine nahtlose, unterstützende Begleitung erlebt.

Unser Einsatz für Frauen & Mädchen

Frauen- und Mädchenberatungsstellen...

- ...sind **niederschwellige Anlaufstellen**
Kostenlos, vertraulich, auf Wunsch anonym
- ...unterstützen **präventiv, nachhaltig & ganzheitlich**
- ...sind **unverzichtbar für Frauenrechte & Chancengleichheit**

Aus der Beratungspraxis – Frau S.

- Alleinerziehend, psychisch belastet durch Gewaltbeziehung
- Manipulation; Herabwürdigung; Druck, in die Beziehung zurückzukehren; Kontrolle
- Cybergewalt in der Beziehung & Überwachung
- Geringes Einkommen; keine regelmäßige (finanzielle) Unterstützung durch Ex-Partner
- Fehlende Kinderbetreuung
- Kein Therapieplatz, keine stabile Unterstützung

Aus der Beratungspraxis – Die Wende durch Beratung

- **Schnelle** und **unkomplizierte** Terminvergabe in einer Frauenberatungsstelle
- Rechtliche & psychosoziale **Unterstützung**
- **Hilfe** bei Suche nach Therapieplatz & finanziellen Fragen
- Aufbau eines **Unterstützungsnetzwerks**
- Stärkung des Selbstwertes; mehr **Unabhängigkeit**

Frau S. ist kein Einzelfall

- **1 von 3 Frauen erlebt Gewalt** ([FRA 2024](#))
- **Gender Pay Gap: 12,18 %** ([Equal Pay Day 2025](#))
- **65 % der unbezahlten Sorgearbeit** leisten Frauen ([Statistik Austria 2023](#))
- **40 % Pension Gap** durch erschwerten Berufseinstieg (z.B. nach Karenz) und mangelnde Kinderbetreuungsangebote ([Österreichischer Städtebund 2024](#))

Volkswirtschaftliche Relevanz

- **Folgekosten** durch Gewalt gegen Frauen in Österreich:
7,3 Mrd. Euro jährlich (EIGE, 2021)

→ FMBS wirken diesen Kosten entgegen!

- **Social Return of Investment:**
 - Beitrag zu **Gewaltprävention & Schutz**
 - Entgegenwirkung zu **Gender Pay Gap & Pensionslücke**
 - Entlastung von **Gesundheitssystem & Justiz**

Prekäre Finanzierung

- Frauen- und Mädchenberatungsstellen leisten seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit in der **niederschweligen Unterstützung und Begleitung** von Frauen und Mädchen.
- Ihre **Finanzierung** ist dennoch nach wie vor **prekär**:
 - Durchschnittlich 5-7 Fördergeber*innen
 - **Keine** langfristige **Planungssicherheit**
 - Projektbezogene, **aufwendige Finanzierung** trotz hoher Wirkung
 - **Teuerungen** bleiben weitgehend **unberücksichtigt**

Was braucht es? – Handlungsempfehlungen

1. Gewalt gegen Frauen **als strukturelles Problem anerkennen**
2. **Langfristige Finanzierung** & Fördermodelle
3. **Umsetzung** von Istanbul-Konvention, GREVIO-Empfehlungen & CEDAW
4. Lohntransparenz & **gleiche Bezahlung**
5. **Flächendeckende**, leistbare **Kinderbetreuung**
6. Frauen in **Führungspositionen** – Quote
7. Gerechte **Pensionen** & soziale **Absicherung**



Rechte von Frauen: Dringendste Handlungsfelder

Vortrag von Jenny-Kerstin Bauer
stv. Geschäftsleitung Netzwerk österr.
Frauen- und
Mädchenberatungsstellen

www.netzwerk-frauenberatung.at

www.instagram.com/netzwerk_fmbs

1.2 Sparpakete gehen zulasten von Frauen

Sophie Achleitner, MSc
Momentum Institut

Auf dem Papier haben Frauen alle Rechte, „aber in der Praxis werden sie oft untergraben – oder auch einfach nicht finanziert“, sagte Sophie Achleitner, Ökonomin beim Momentum Institut. „Sparpakete gehen zulasten von Frauen“, Frauen seien stärker auf öffentliche Dienste und Sozialversicherungstransfers angewiesen. Wenn etwa Familienleistungen nicht erhöht werden, trifft das Frauen überdurchschnittlich, denn sie beziehen zum Beispiel 94 Prozent des Kinderbetreuungsgelds. Sozialleistungen machen mehr als ein Viertel des Einkommens von Alleinerziehenden aus – und 83 Prozent aller Alleinerziehenden sind weiblich.

In der Verfassung gebe es die Verpflichtung zum Gender Budgeting, aber „in den Budgets kommen Frauen trotzdem zu kurz“, sagte Achleitner. Gleichstellungsziele müssten mit Budgetmitteln und Ressourcen verknüpft werden. Als Beispiele für die wenig zufriedenstellende Umsetzung nannte sie die Corona-Hilfszahlungen, von denen nur 42 Prozent Frauen zugutekamen. Auch von der Abgeltung der Kalten Progression profitierten zu 59 Prozent Männer.

Laut Achleitner fehle neben einem echten Frauenbudget – die Mittel des Frauenministeriums betragen nur 0,026 Prozent des Budgets – eine gerechte Finanzierungsstruktur: „Haushalte tragen viel mehr zum Sparpaket bei als zum Beispiel Unternehmen.“ Ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit wären etwa Erbschafts- und Vermögenssteuern oder eine Erhöhung der Körperschaftsteuer.

FRAUENRECHTE: FINANZIELLE & ÖKONOMISCHE ASPEKTE

Sophie Achleitner

Momentum Institut

19. Mai 2025

**/ Und deshalb
gibt's
Momentum.**

**Wir schieben progressive
Positionen in den Diskurs,
um die Welt zu einem
gerechteren Ort zu
machen.**

/ Unsere Leitthemen



Verteilung



Klima



Arbeit



**Was kostet es,
wenn wir
Frauenrechte
nicht schützen?**

Frauen- und Menschenrechte in Österreich

Verfassungsrechtlich verankerte Gleichstellung

Art. 7 B-VG: „(1) Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen.“

Europäische und internationale Verpflichtungen

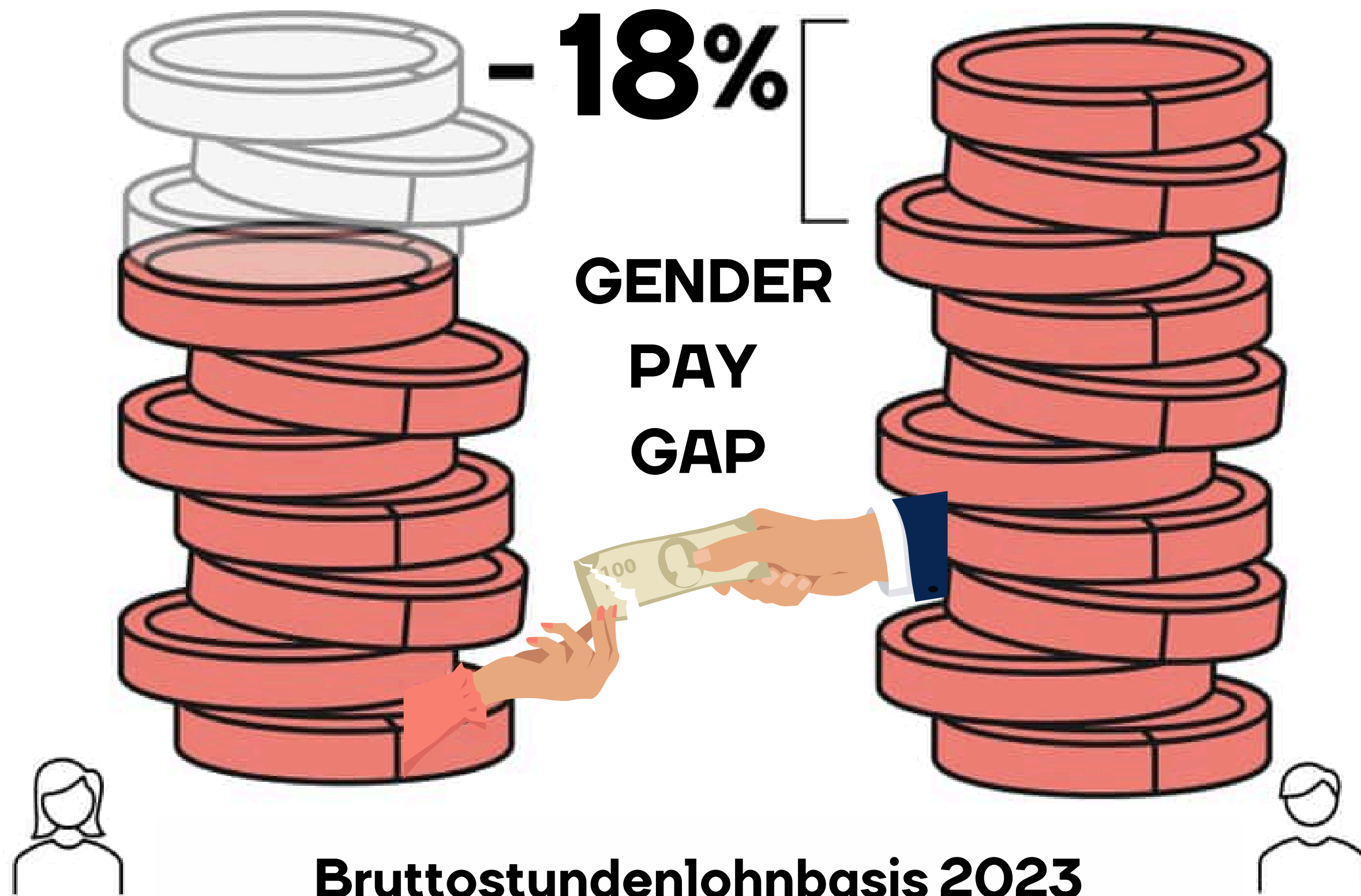
- **UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW)**
- **Istanbul-Konvention (Europarat, 2011)**

**Gleichberechtigter Zugang zu sozialer Sicherheit
& politischer Teilhabe – Pension, Gesundheit, Bildung...**



Lebensrealitäten von Frauen

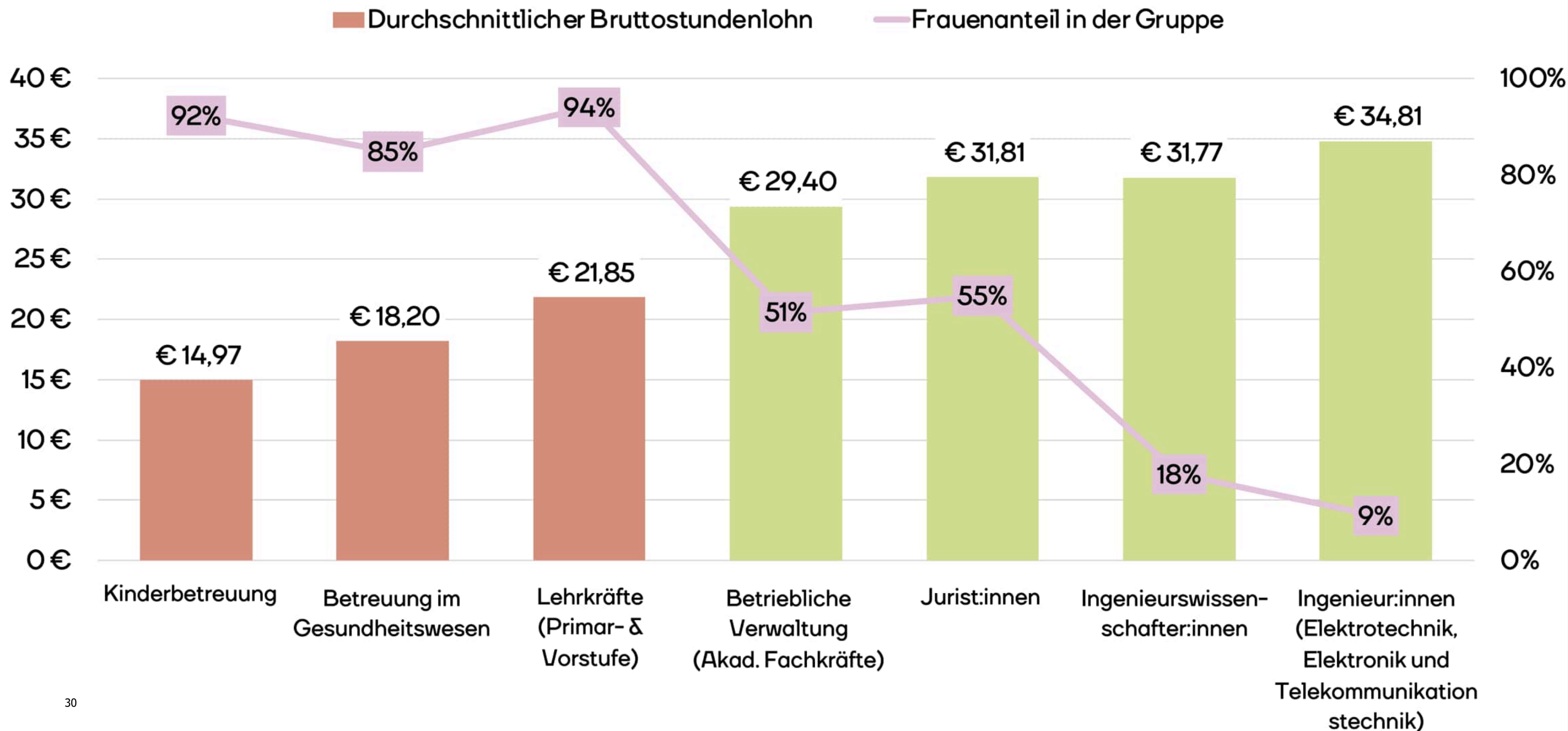




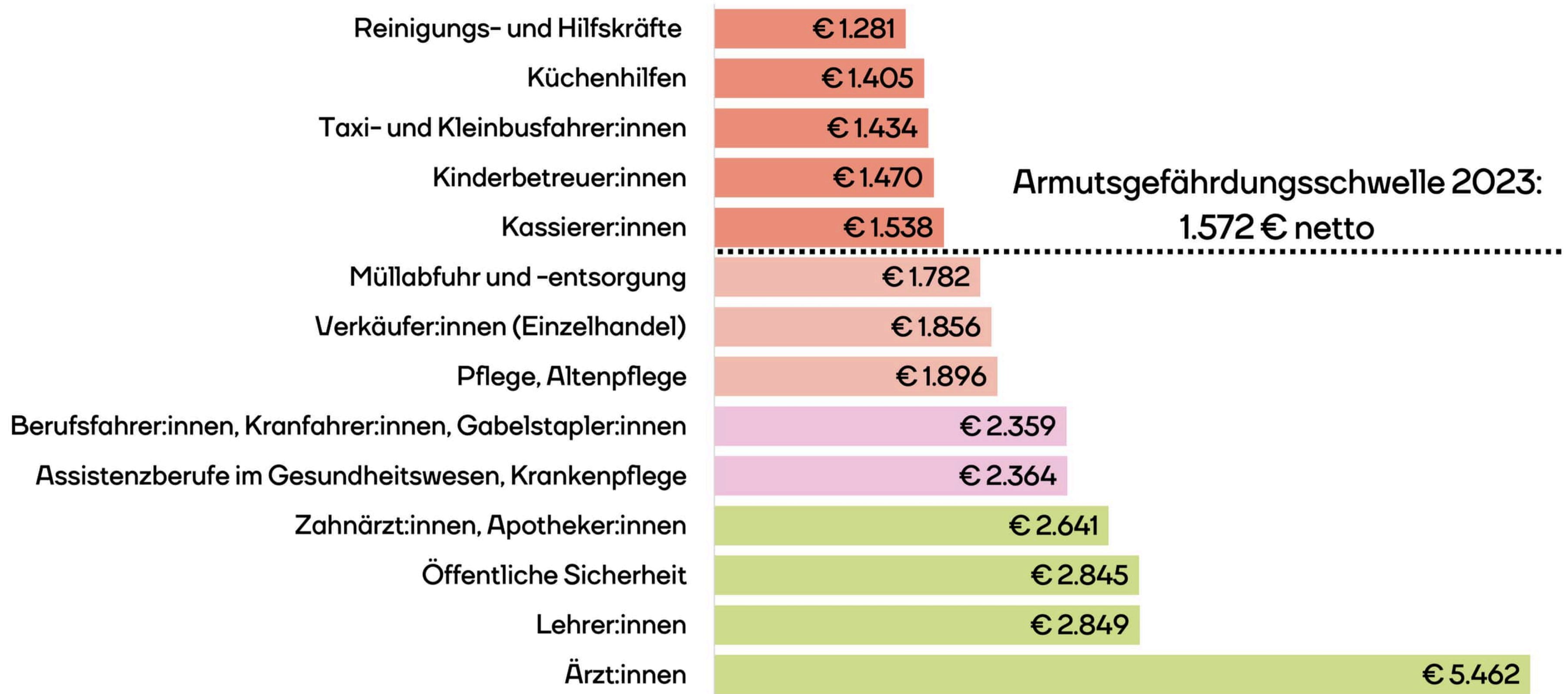
EU27: 12,7 %

**///IOMENTUM
/INSTITUT**

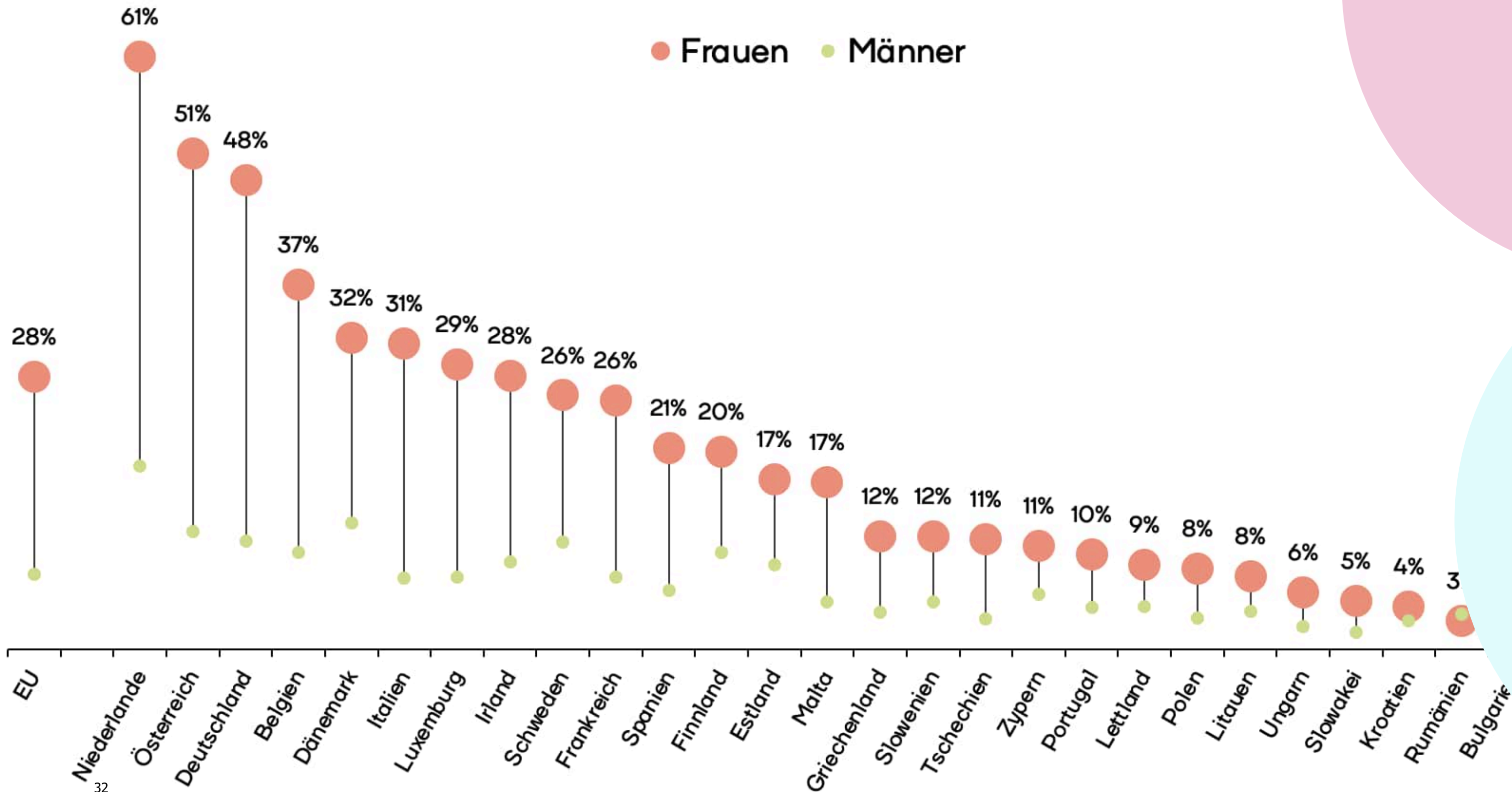
Hoher Frauenanteil = niedriges Gehalt



Das Monatseinkommen unserer Systemerhalter:innen



Österreich liegt auf Platz 2 bei der weiblichen Teilzeitquote



Weibliche Teilzeitquote:

51,1 %

(2024)

Männliche
Teilzeitquote:

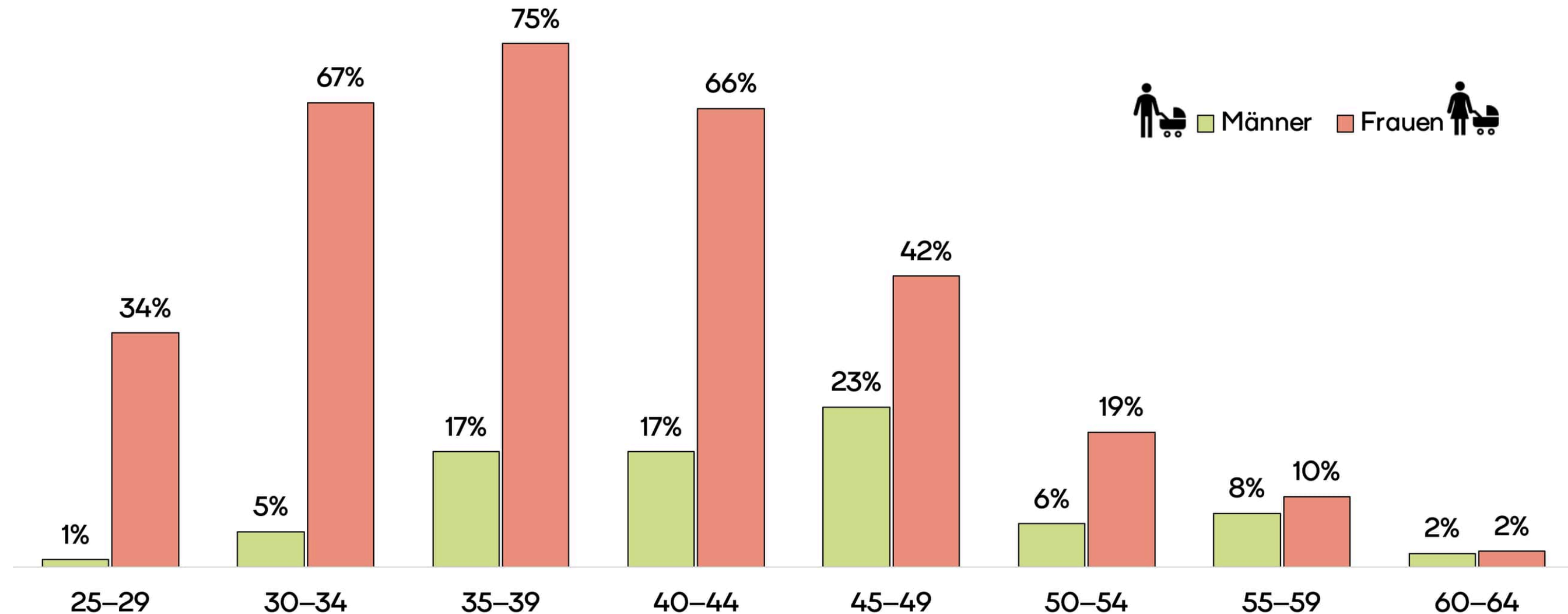
13,7 %

(2024)

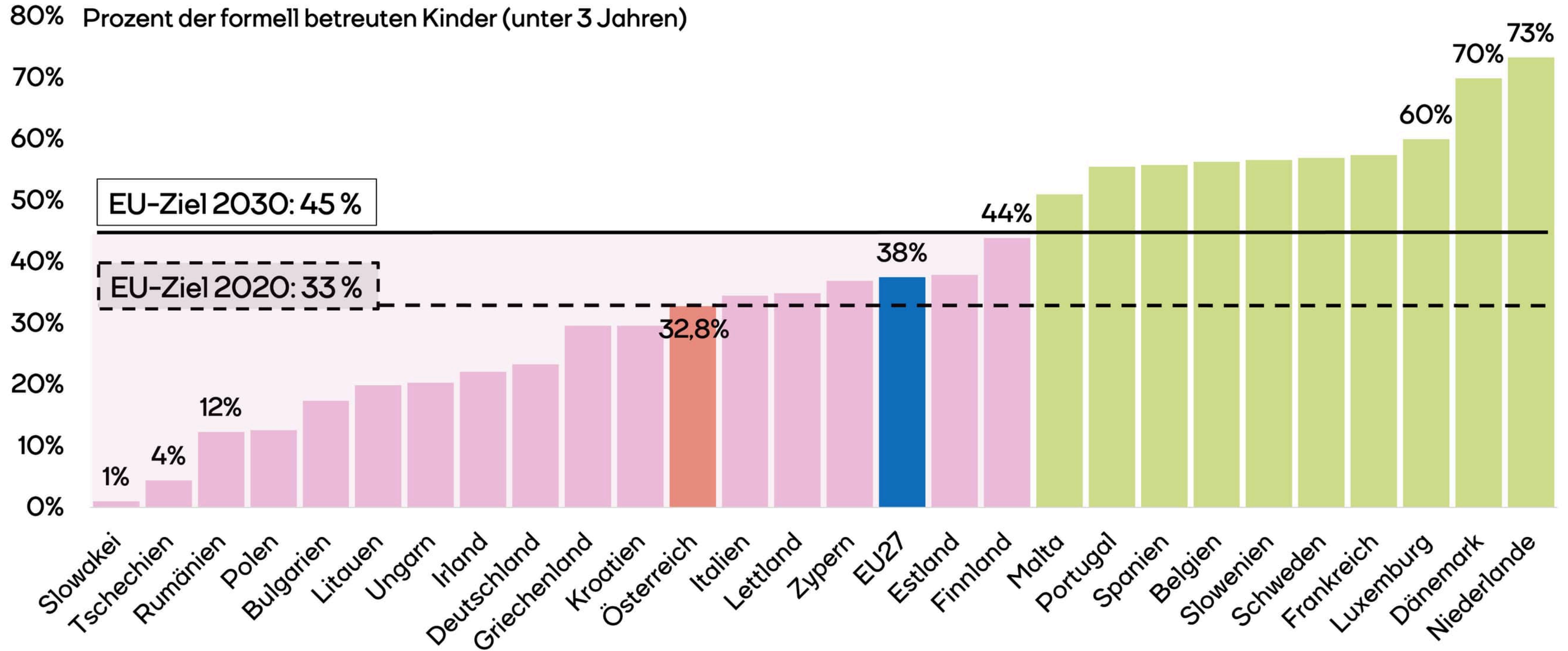
**4 von 10 Frauen arbeiten Teilzeit aufgrund von Betreuungspflichten.
Bei den Männern nicht einmal einer von 10.**

Kinderbetreuung spielt für Männer in Teilzeit fast nie eine Rolle

Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen als Grund für
Teilzeitbeschäftigung



Österreich verfehlt EU-Ziel bei der Kinderbetreuung seit mehr als einem Jahrzehnt



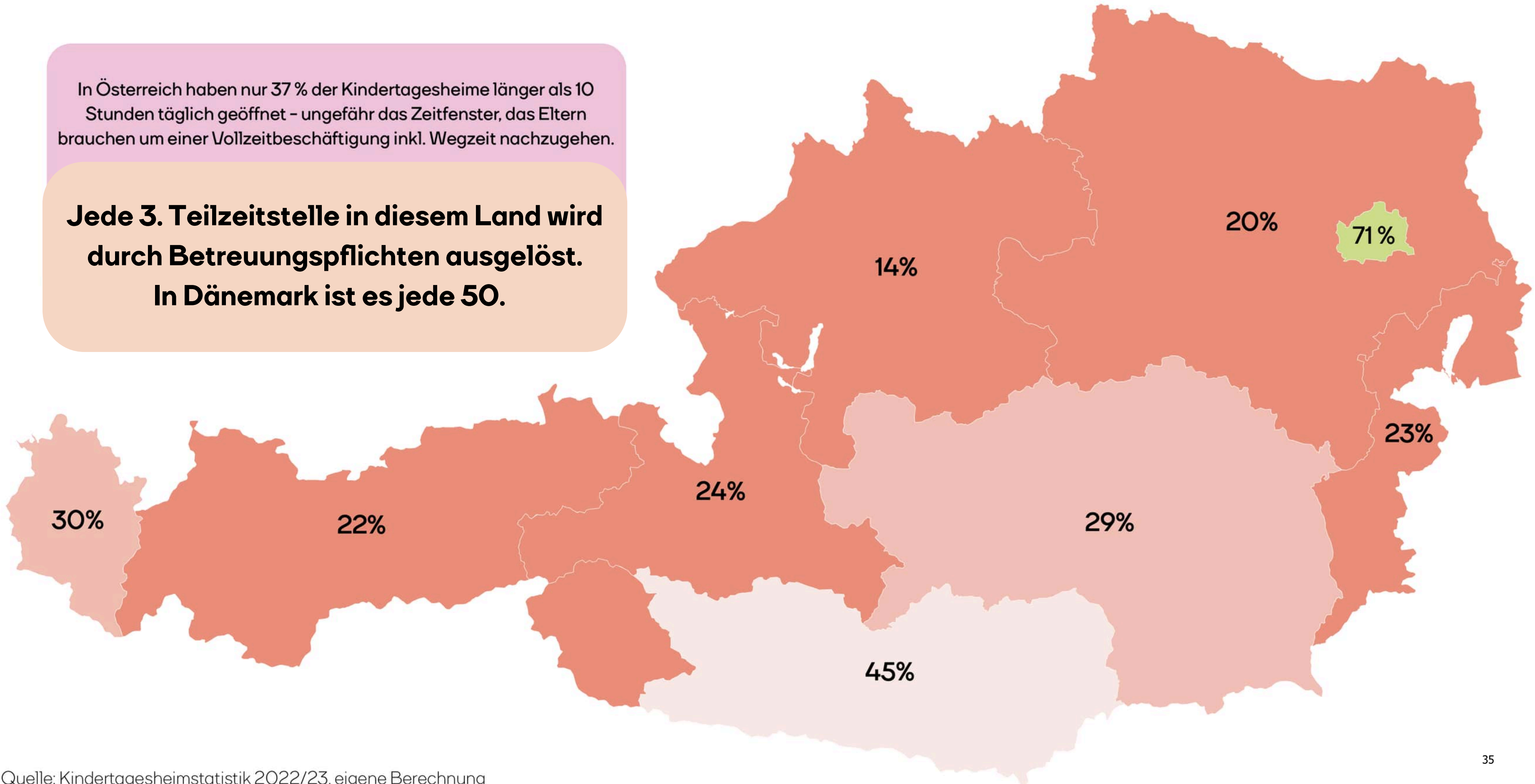
34

Außerhalb Wiens ist nur jeder 4. Kindergartenplatz Vollzeit-tauglich

Nur 14 Prozent der Kindertagesstätten in Oberösterreich haben länger als 10 Stunden täglich geöffnet

In Österreich haben nur 37 % der Kindertagesheime länger als 10 Stunden täglich geöffnet - ungefähr das Zeitfenster, das Eltern brauchen um einer Vollzeitbeschäftigung inkl. Wegzeit nachzugehen.

**Jede 3. Teilzeitstelle in diesem Land wird durch Betreuungspflichten ausgelöst.
In Dänemark ist es jede 50.**

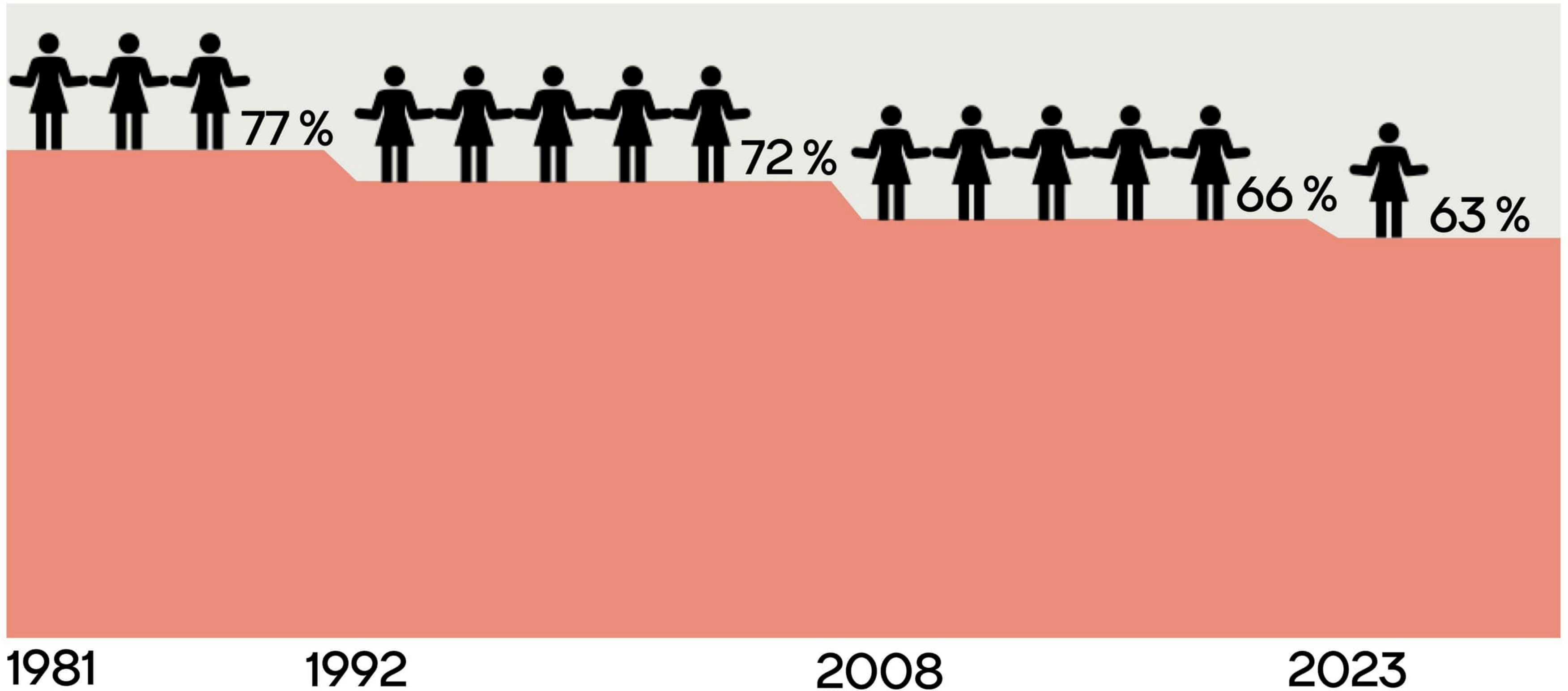


Nach der bezahlten Schicht, kommt die unbezahlte Schicht zu Hause



Das Plateau der unbezahlten Arbeit

Seit 40 Jahren übernehmen Frauen den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit

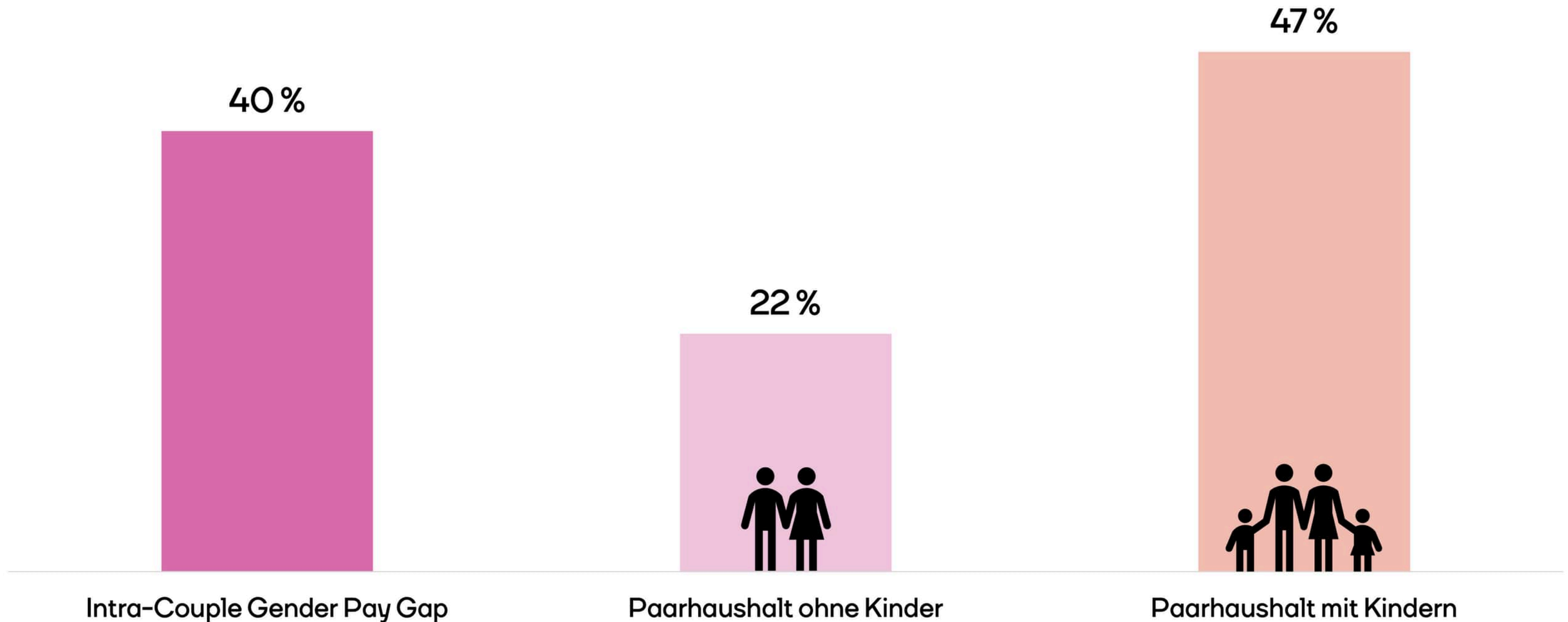


Quelle: Zeitverwendungserhebungen 1981, 1992, 2008/09 und 2023 Statistik Austria

Anmerkung: Die dargestellte Verteilung der unbezahlten Arbeit ergibt sich aus dem Verhältnis der durchschnittlichen Stunden, die Frauen und Männer täglich unbezahlt verrichteten.

Gender Pay Gap in Paarhaushalten: Frauen bekommen im Schnitt 40 Prozent weniger gezahlt als ihre Partner

Bei Paaren mit Kindern sind es sogar knapp 50 Prozent



Quelle: Mikrozensus 2023, eigene Berechnung

Anmerkung: Die Gender Pay Gaps innerhalb von Paarhaushalten wurden für unselbständig Beschäftigte (ohne geringfügige Beschäftigung) im Alter zwischen 25 und 54 Jahren auf Basis ihrer mittleren Bruttomonatseinkommen berechnet.

Ein Drittel aller Frauen in Österreich von Gewalt betroffen

27 Femizide

**39 Fälle schwerer
Gewalt an Frauen**

**2
0
2
4**



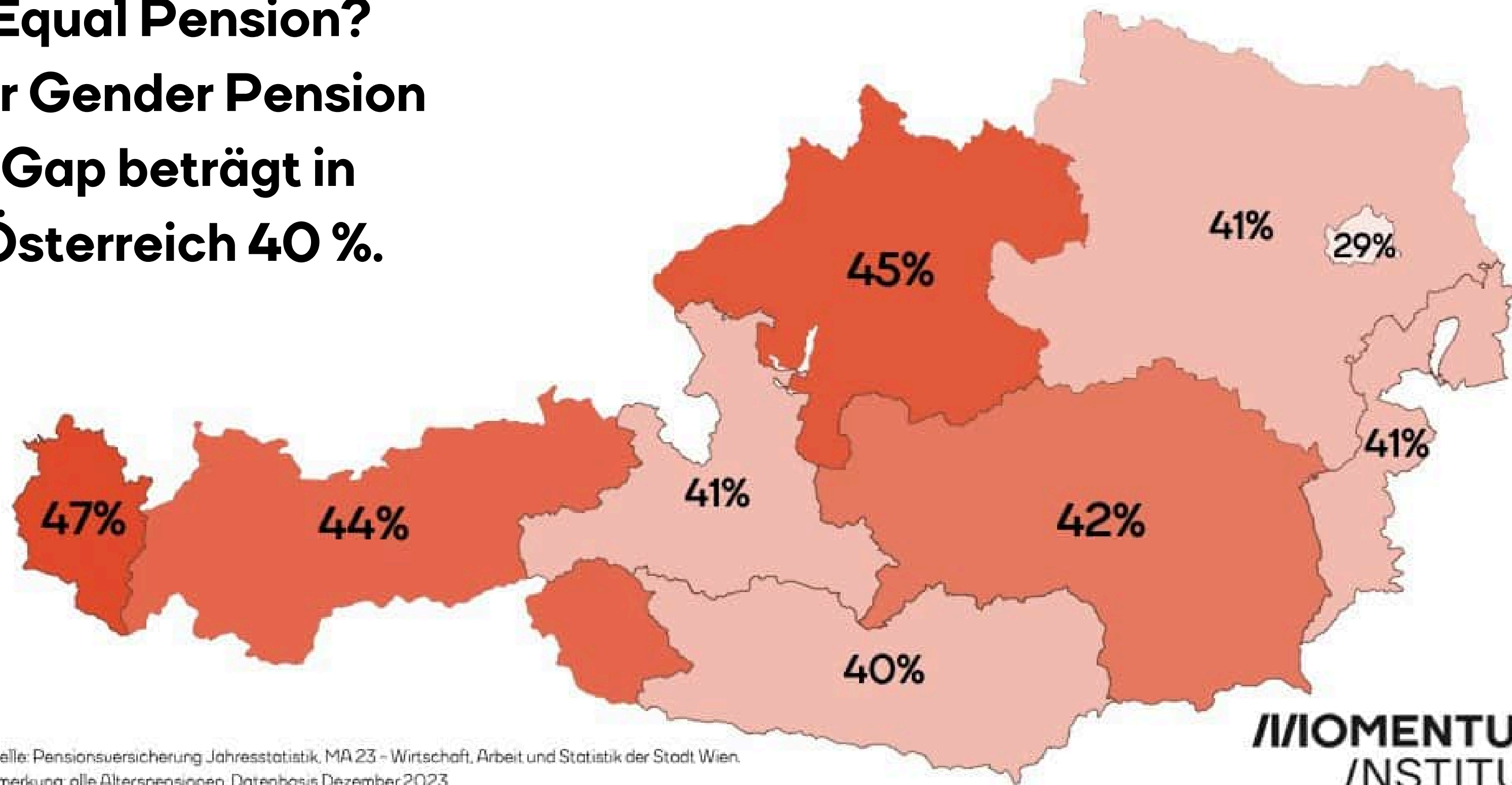
Zwischen 2014 und 2019 haben sich die Femizid-Fallzahlen in Österreich mehr als verdoppelt und sind seither konstant hoch.

In rund 74 % der Fälle handelt es sich um Partnerschaftsmorde, vor allem durch aktuelle oder frühere Partner.

Hohe Gender Pension Gaps im Westen

Frauen in Vorarlberg erhalten um fast 50 Prozent weniger Pension

Equal Pension?
Der Gender Pension
Gap beträgt in
Österreich 40 %.

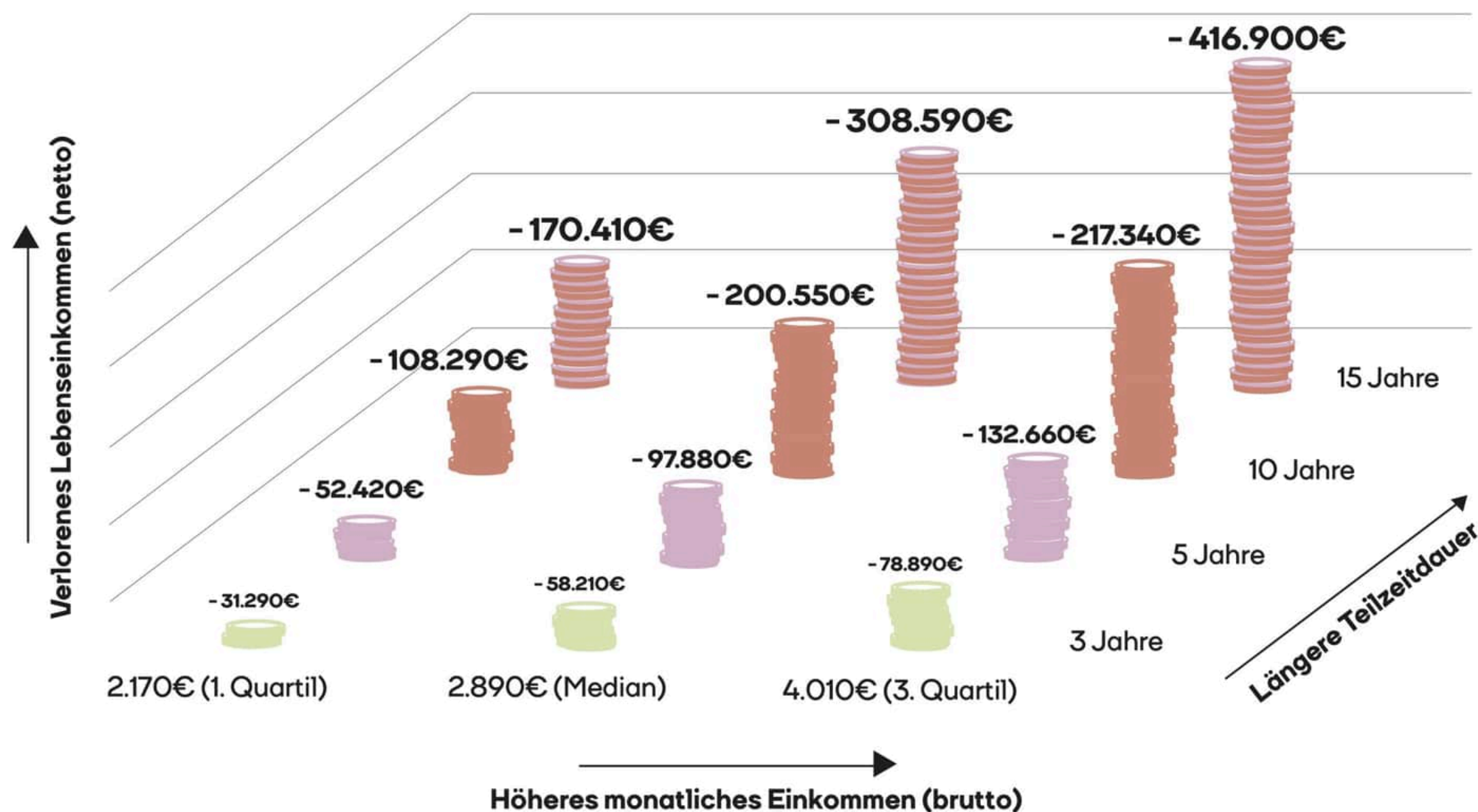


Quelle: Pensionsversicherung Jahresstatistik, MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien.
Anmerkung: alle Alterspensionen, Datenbasis Dezember 2023

/// MOMENTUM
/ INSTITUTE



Teilzeit-Falle: Verlorenes Lebenseinkommen durch Halbtagsjob



Quelle: Statistik Austria, Eigene Berechnung.

Anmerkungen: Pensionsverlust (Barwert, netto) indirekt durch Auswirkungen der Reduktion von Vollzeit (38,5 Stunden) auf Teilzeit (22,5 Stunden). Ausgehend von 40 Erwerbsjahren und 20 Pensionsjahren. Bruttojahreseinkommen 2020 auf Vollzeitbasis (Frauen ganzjährig beschäftigt).

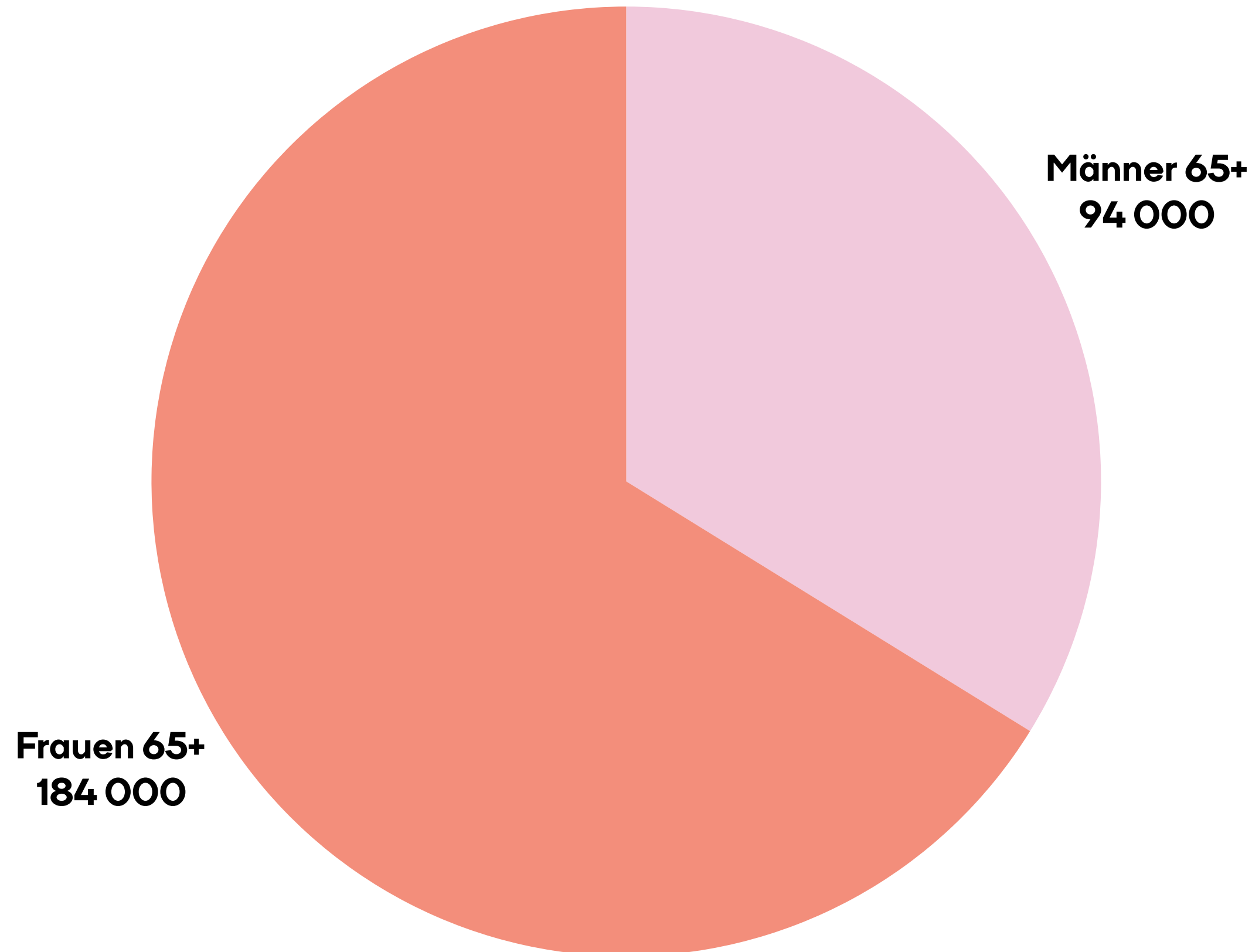
MOMENTUM
/INSTITUT

**Nach der Karenz
bleiben viele
Frauen in Teilzeit:
Das spüren Frauen
auch im Börserl**

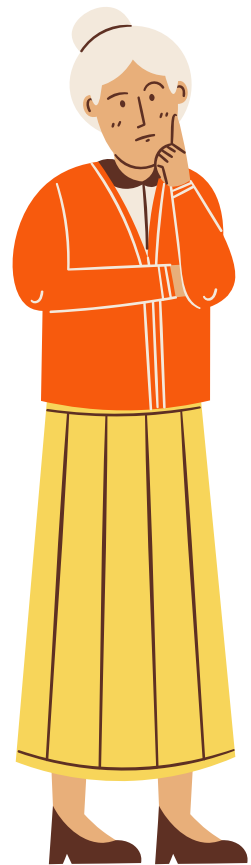


Altersarmut ist weiblich

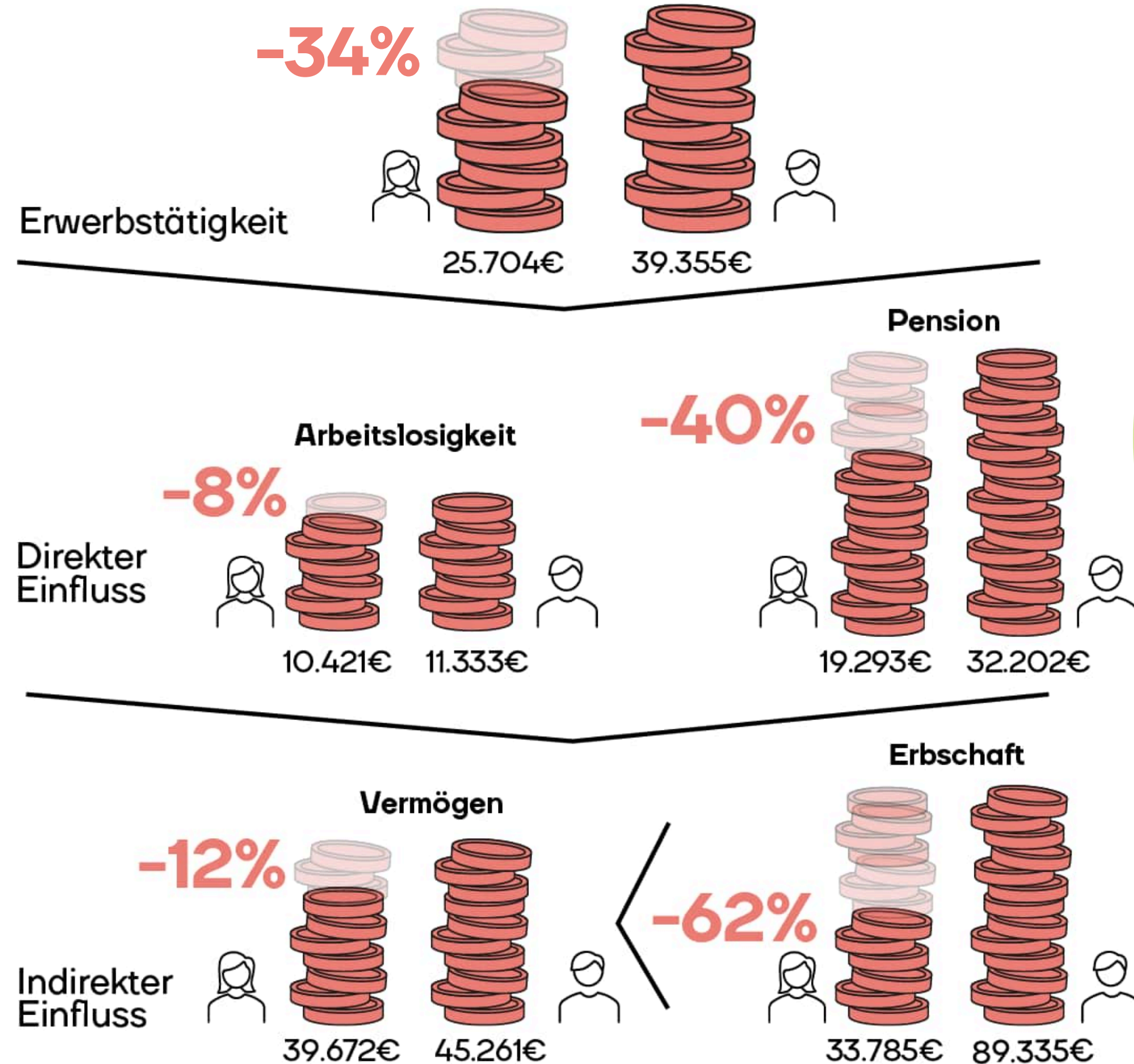
Frauen machen zwei Drittel der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten über 65 aus



**Zwei Drittel der Mindestpensionsbezieher:innen
sind weiblich.**



Gender Pay Gap: Frauen verlieren überall



**MULTIPLE
GENDER
GAPS**

Frauenrechte in der Budgetpolitik?

Verpflichtung zu Gender Budgeting in Art. 13(3) B-VG:

„Der Bund, die Länder und die Gemeinden haben bei der Haushaltsführung [...] die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben.“



Gender Budgeting

Anspruch vs. Realität



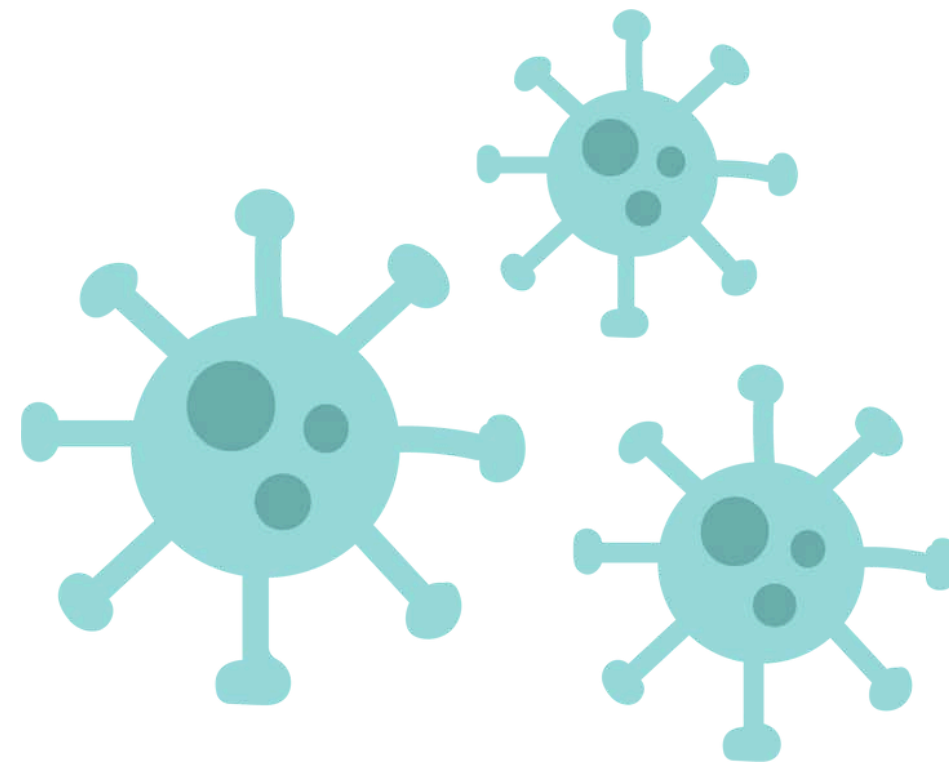
Welche Fragen müssen wir uns stellen?

- **Welche Gruppe profitiert in welcher Weise von staatlichen Ausgaben/Einsparungen?**
- **An wen fließen öffentliche Mittel?**
- **Wer zahlt welche Steuern und wie hoch ist die Belastung für verschiedene Gruppen?**

Wie kann Gender Budgeting funktionieren?

- **Verknüpfung von Gleichstellungszielen mit Budgetmitteln und Ressourcen**
- **Transparente Darstellung des Budgets und gleichstellungsfördernder Maßnahmen**
- **Genderdisaggregierte Nutzer:innen-Analyse der öffentlichen Ausgaben**

Von einer Krise zur Nächsten



Fehlendes Gender Budgeting in Krisenzeiten



Corona-Krise:

- Nur 42 % der Corona-Hilfszahlungen kamen Frauen zugute
- Nur 40 % der Personen, die über diese Mittel entscheiden konnten, waren Frauen

Teuerungs-Krise:

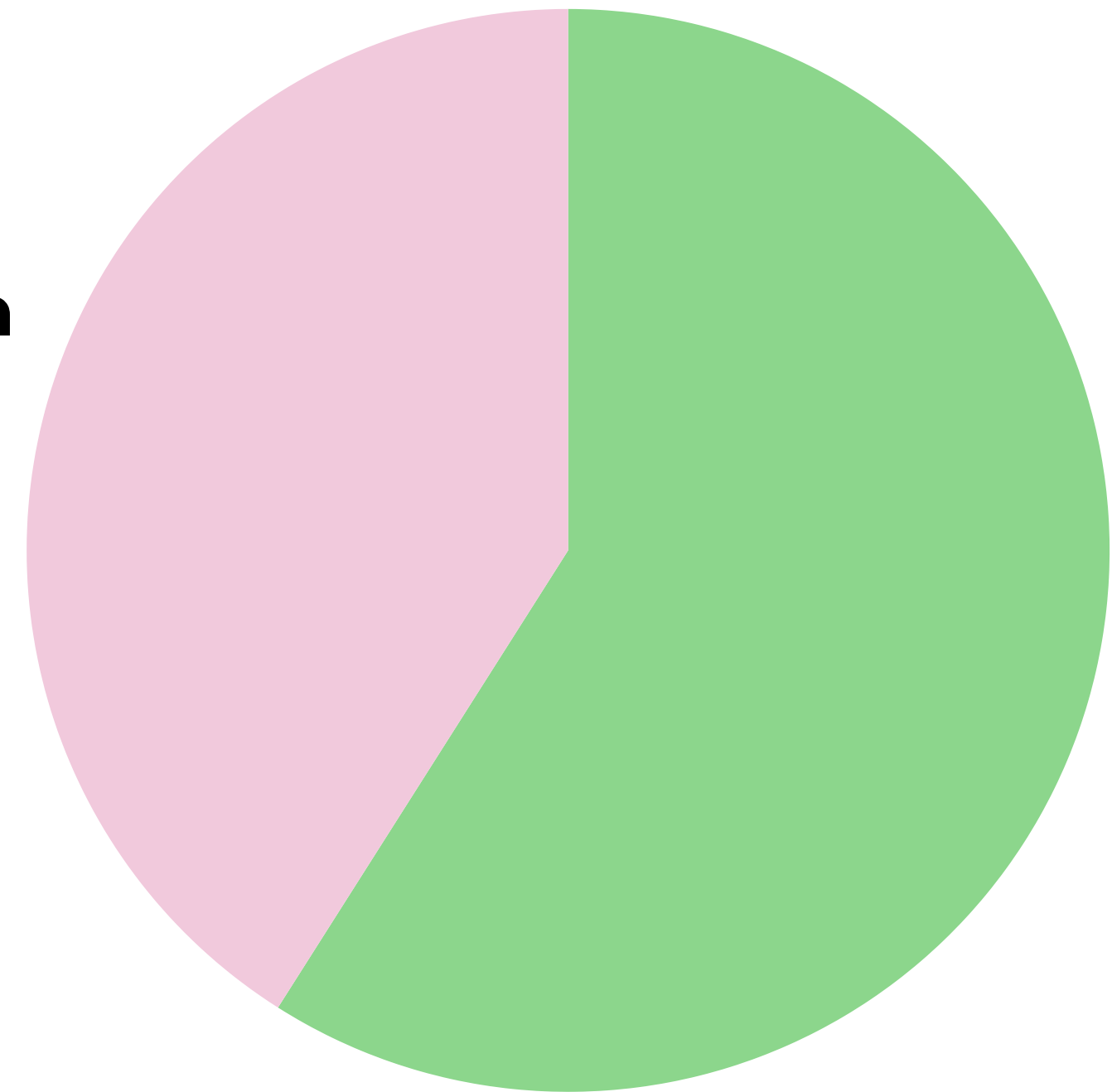
- Analyse der Geschlechterwirkung von Anti-Teuerungsmaßnahmen gab es erst ex post
- Abgeltung Kalte Progression kommt mit 59 % deutlich mehr Männern zugute

Abschaffung der kalten Progression Wer profitiert?

● Männer ● Frauen



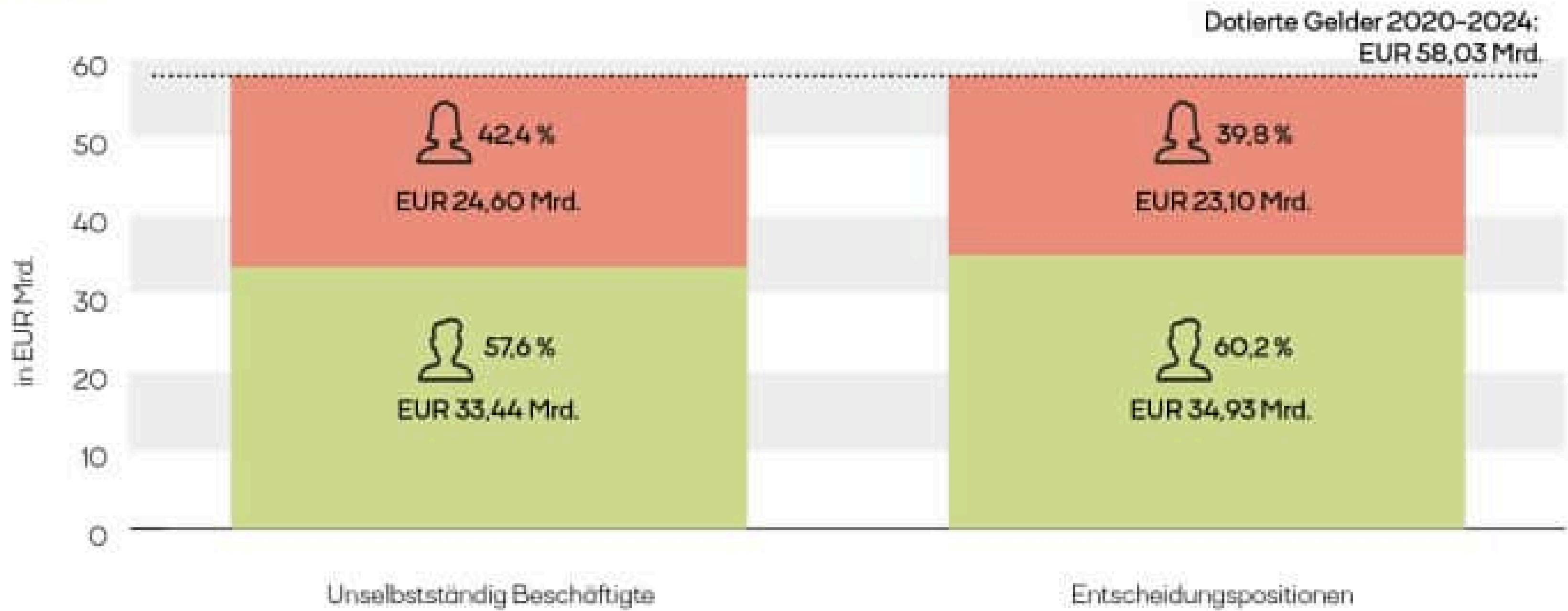
**Frauen
41%**



**Männer
59%**

Dotierte Corona-Hilfen bis 2024: Männer entscheiden über EUR 11 Mrd. mehr als Frauen

- Dotierte Mittel an Frauen
- Dotierte Mittel an Männer

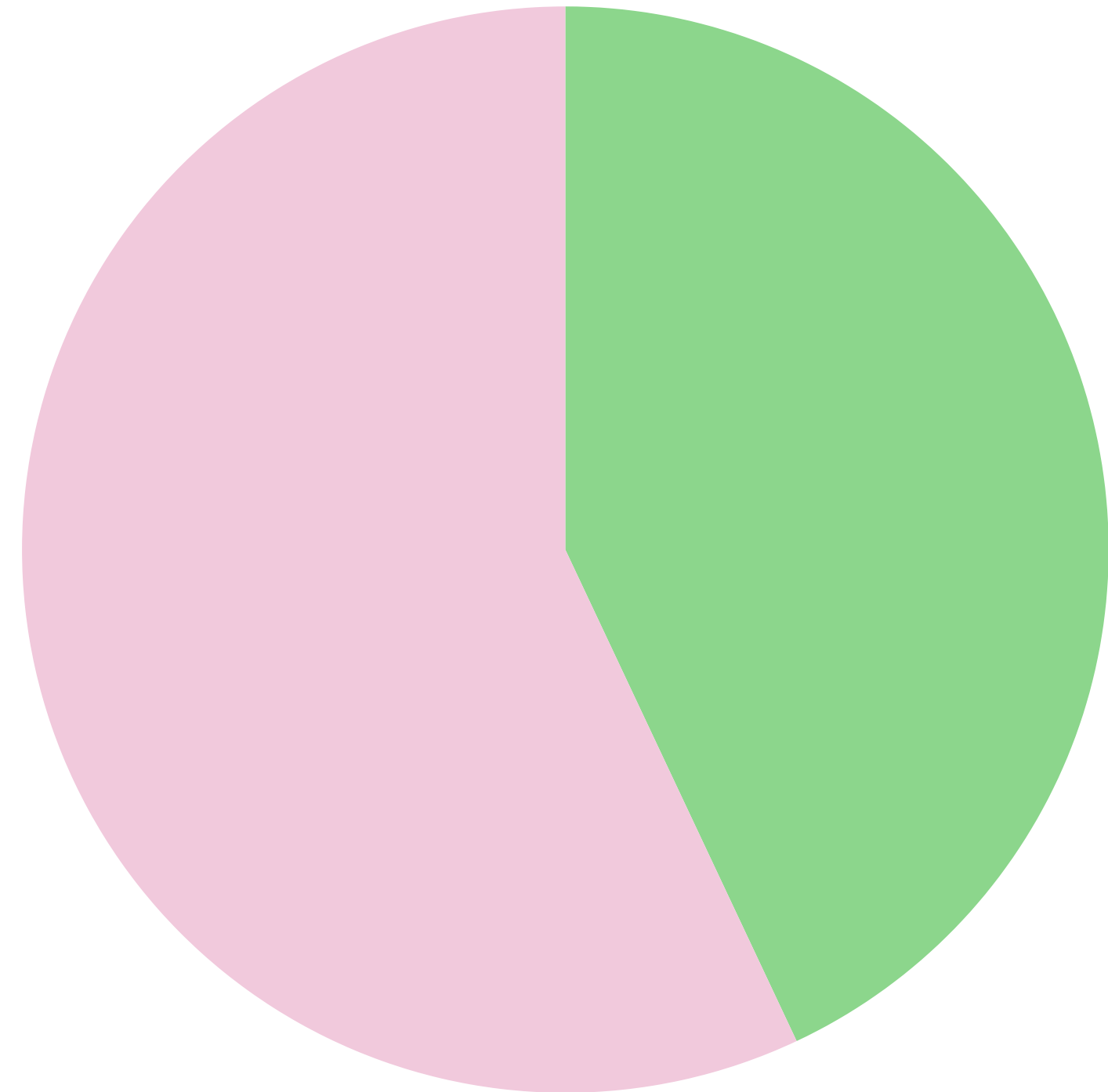


Anpassung der Sozialleistungen an die Teuerung

● Männer ● Frauen



**Frauen
57%**



**Männer
43%**

Wer zahlt das aktuelle Sparpaket?



Sparpolitik geht zu Lasten der Frauen



Direkt. Denn Frauen sind...

/ stärker auf öffentliche Dienste und Sozialversicherungstransfers angewiesen

/ vom Jobabbau im öffentlichen Sektor und

/ von Lohn- oder Pensionskürzungen härter getroffen

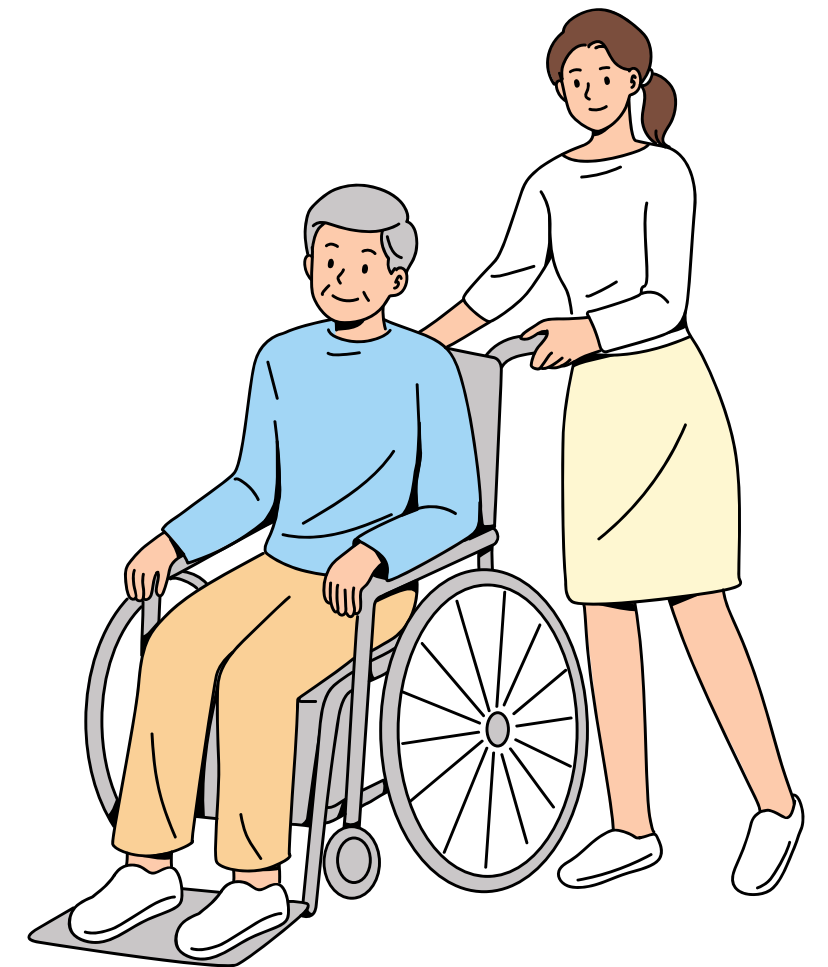


Indirekt. Denn Frauen füllen die Lücken..

**/ wenn staatliche (soziale) Dienstleistungen gekürzt werden,
wie Betreuungs-, Pflege- oder Bildungsdienstleistungen**

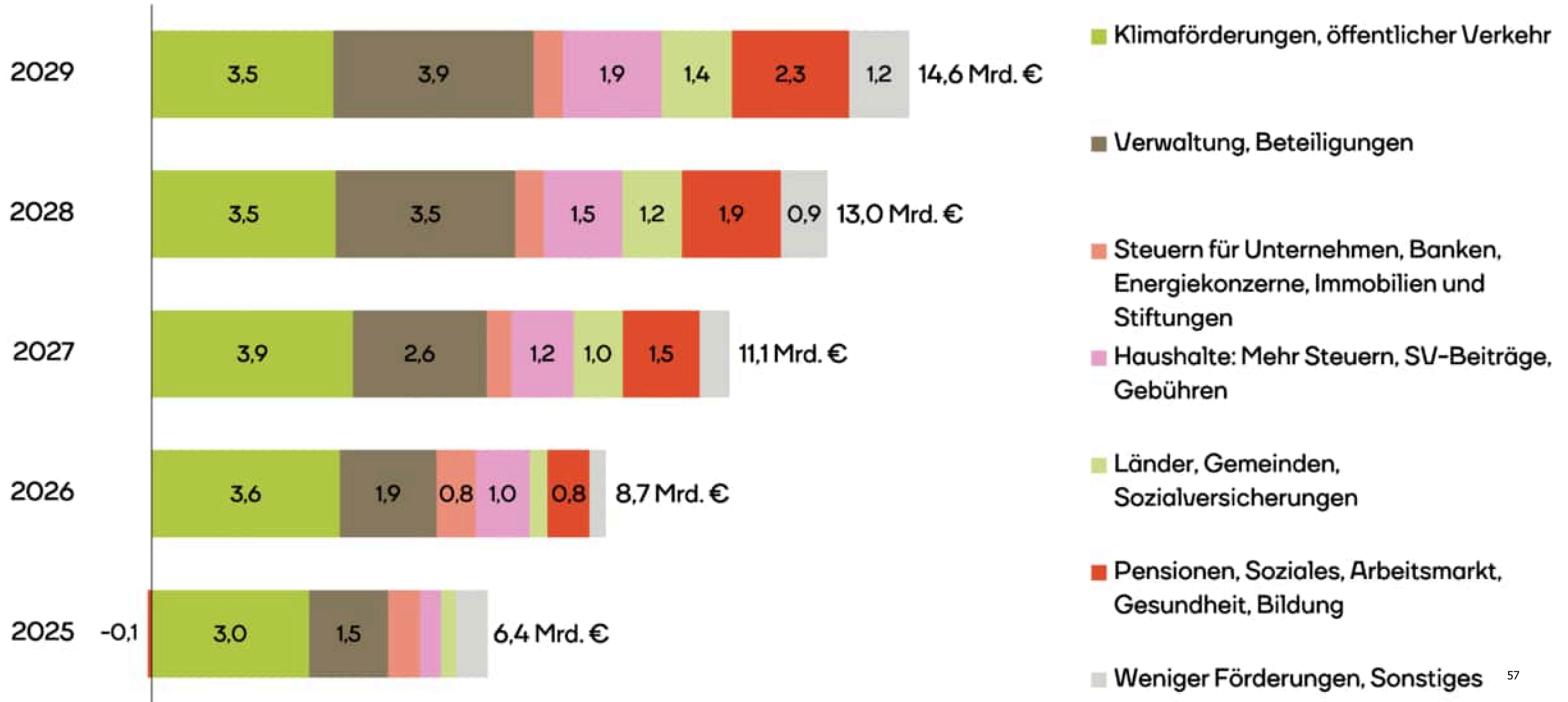
**/ unbezahlte Arbeit nimmt vor allem für Frauen zu,
um Kürzung oder Teuerung aufzufangen**

/ schränkt Zeit für Erwerbsarbeit weiter ein



Wo wird gespart?

Differenz aus Defensiv- und Offensivmaßnahmen

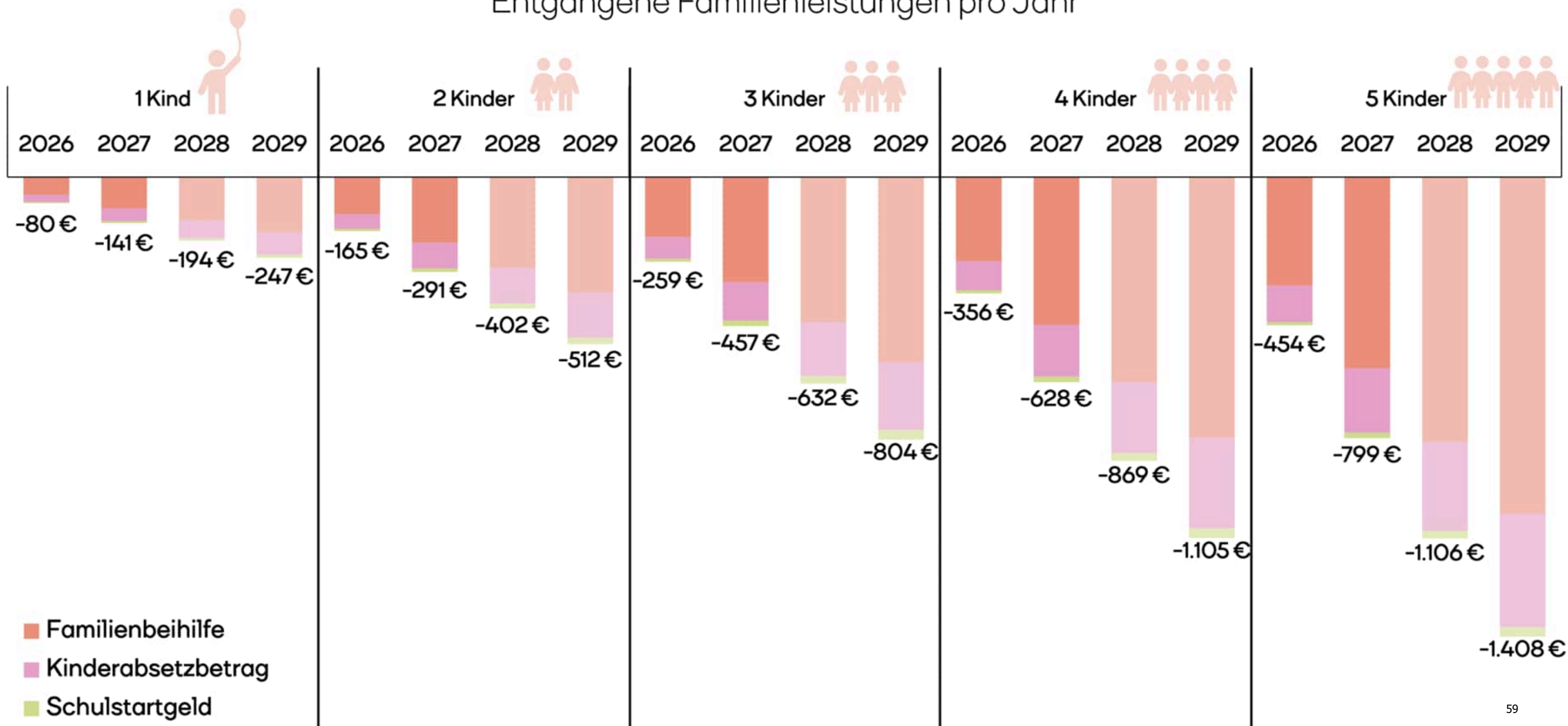


Weniger für Familien



Wie viel Familien durch die Kürzung der Familienleistungen verlieren

Entgangene Familienleistungen pro Jahr



Quelle: WIFO Konjunkturprognose, BKA, eigene Berechnung

Anmerkung: Familien mit Kindern zwischen 10 und 18 Jahren, davon bis zu 3 Kinder unter 16 Jahren und mit Anspruch auf Schulstartgeld

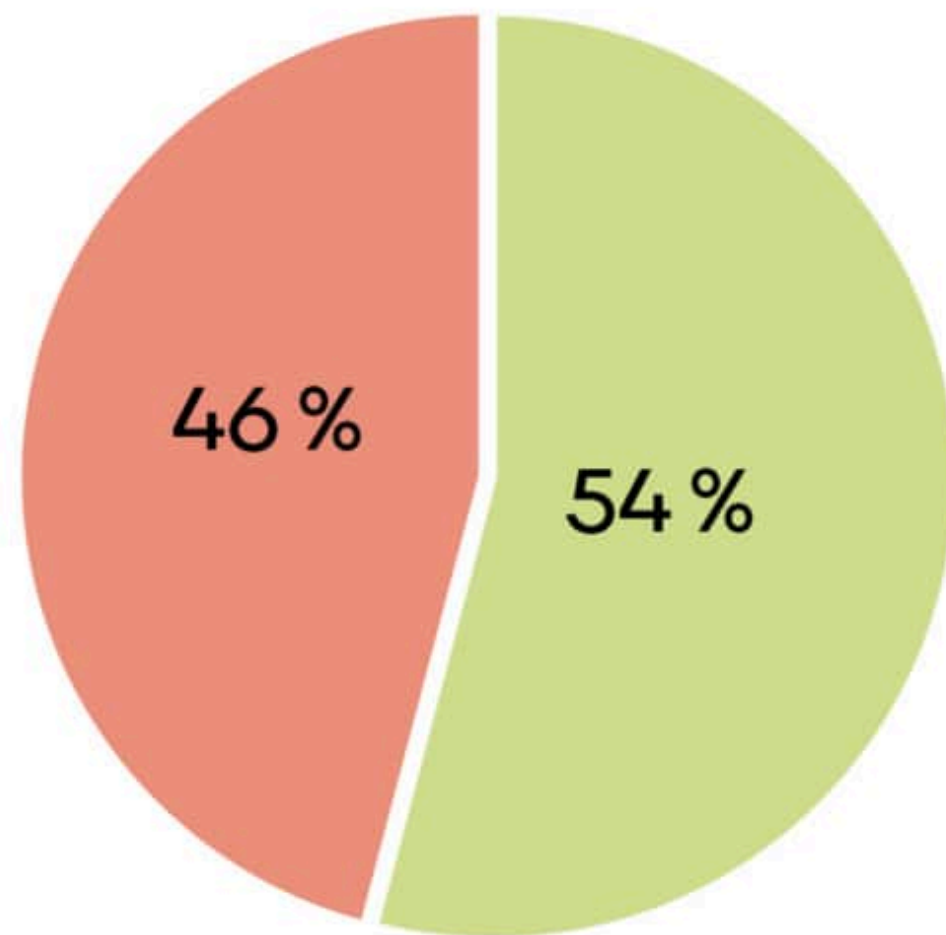
**...und das trifft
Frauen stärker**



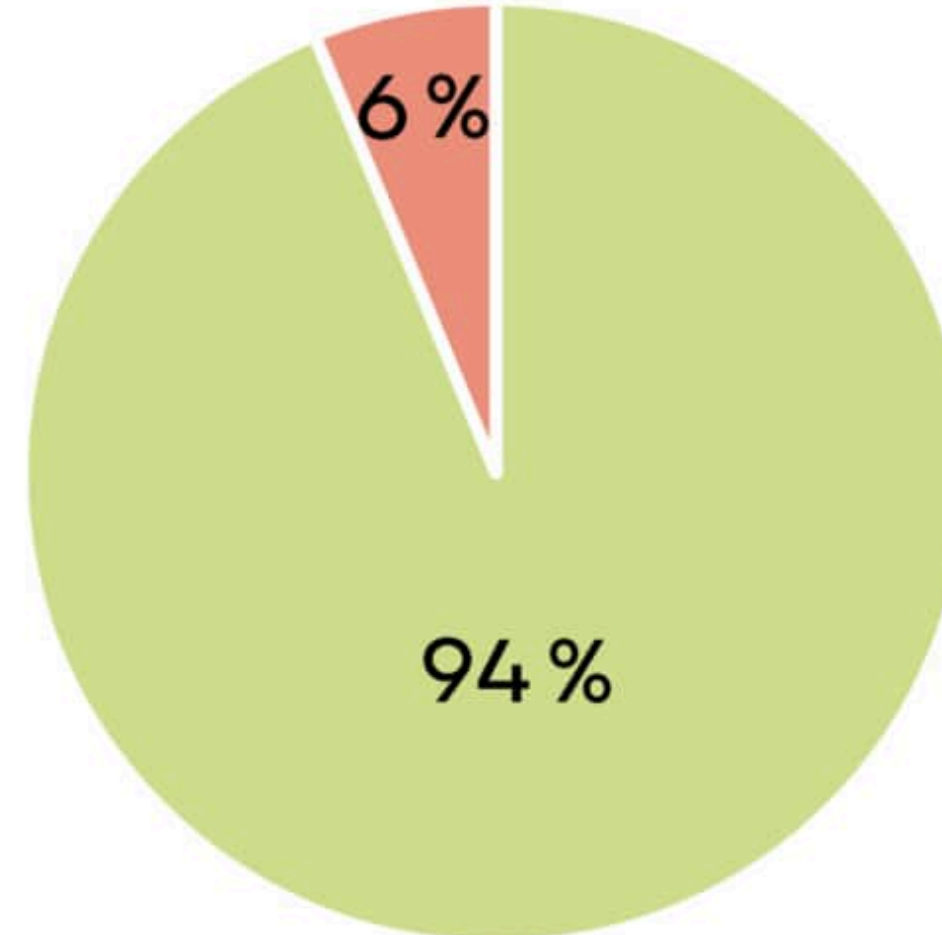
Frauen treffen Einsparungen bei Familienleistungen deutlich stärker

Anteil der Einsparungen nach Geschlecht

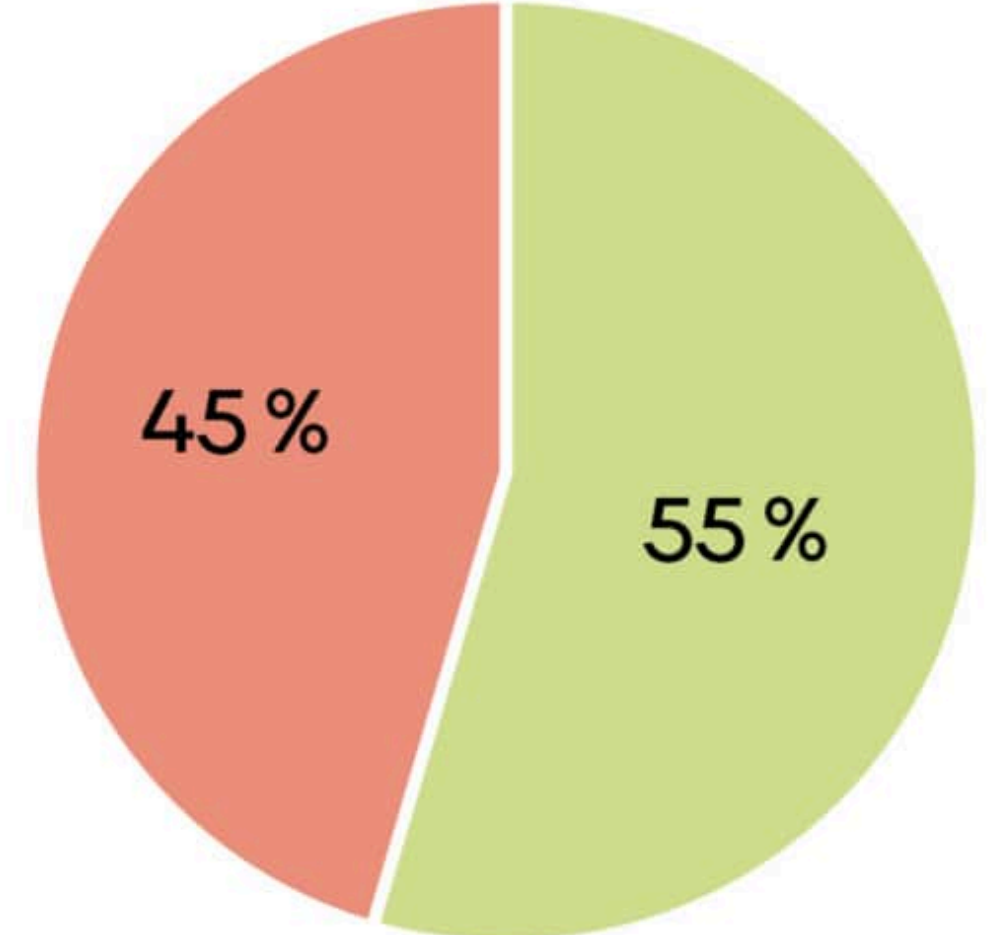
■ Frauen ■ Männer



Familienbeihilfe



Kinderbetreuungsgeld



Kinderabsetzbetrag

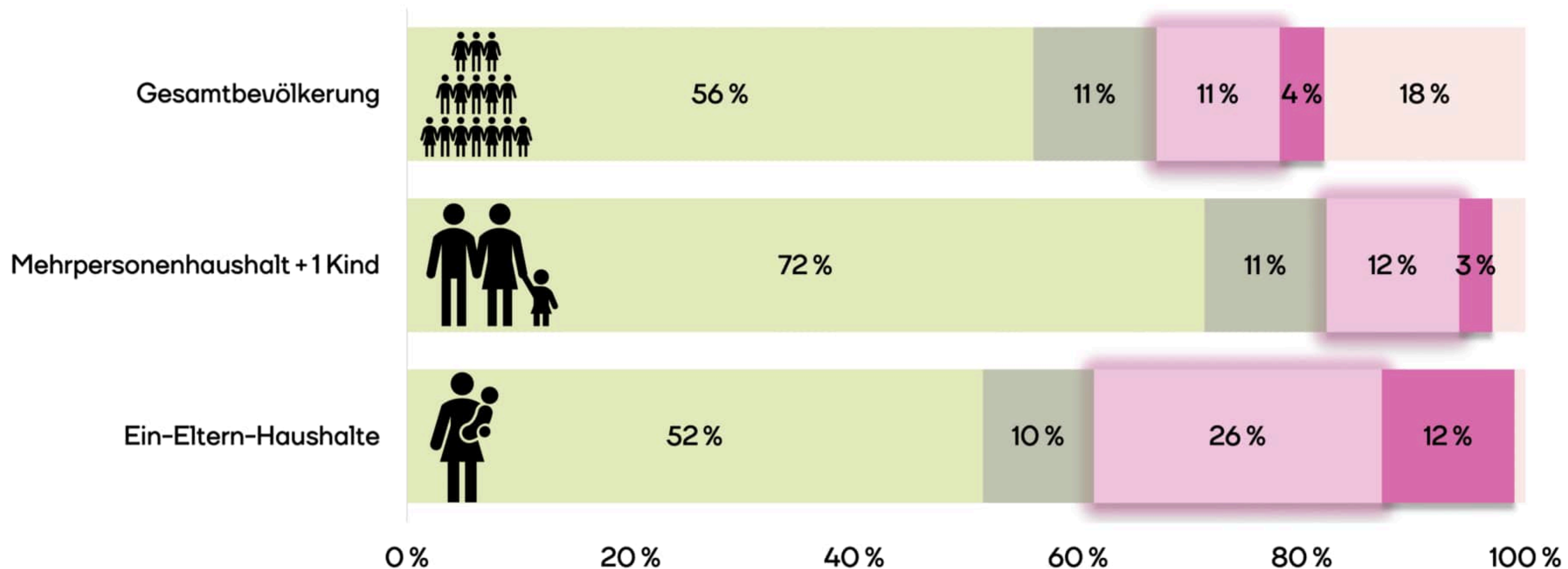
**83 % der
Alleinerzieher
:innen sind
weiblich**



Sozialleistungen machen mehr als ein Viertel des Einkommens von Alleinerziehenden aus

Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen

■ Unselbständige Arbeit ■ Selbständige Arbeit ■ Sozialleistungen ■ Private Einkommen ■ Pensionen

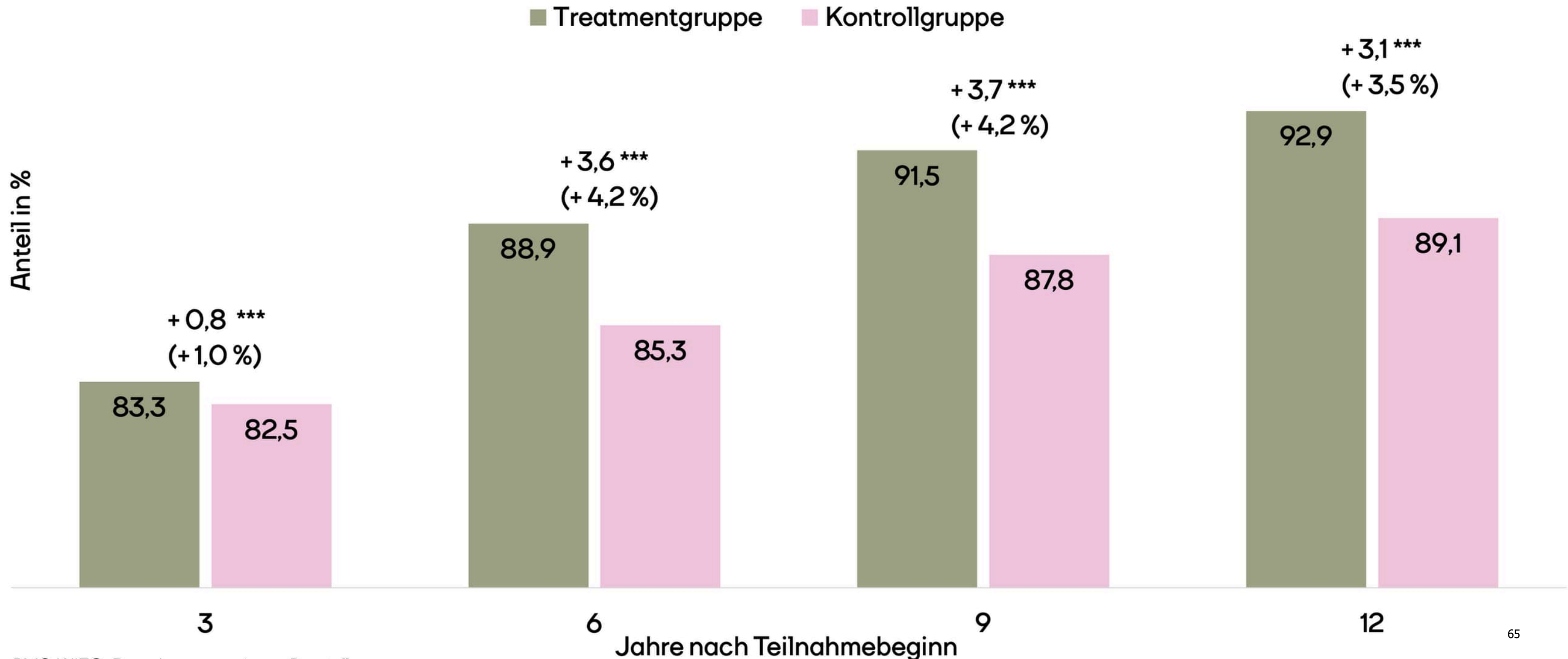


Abschaffung der Bildungskarenz



Bildungskarenz erhöht die Beschäftigung von Frauen

Der Übergang in Bildungskarenz aus Elternkarenz erhöht die Beschäftigungsquoten von Frauen nach der Bildungskarenz



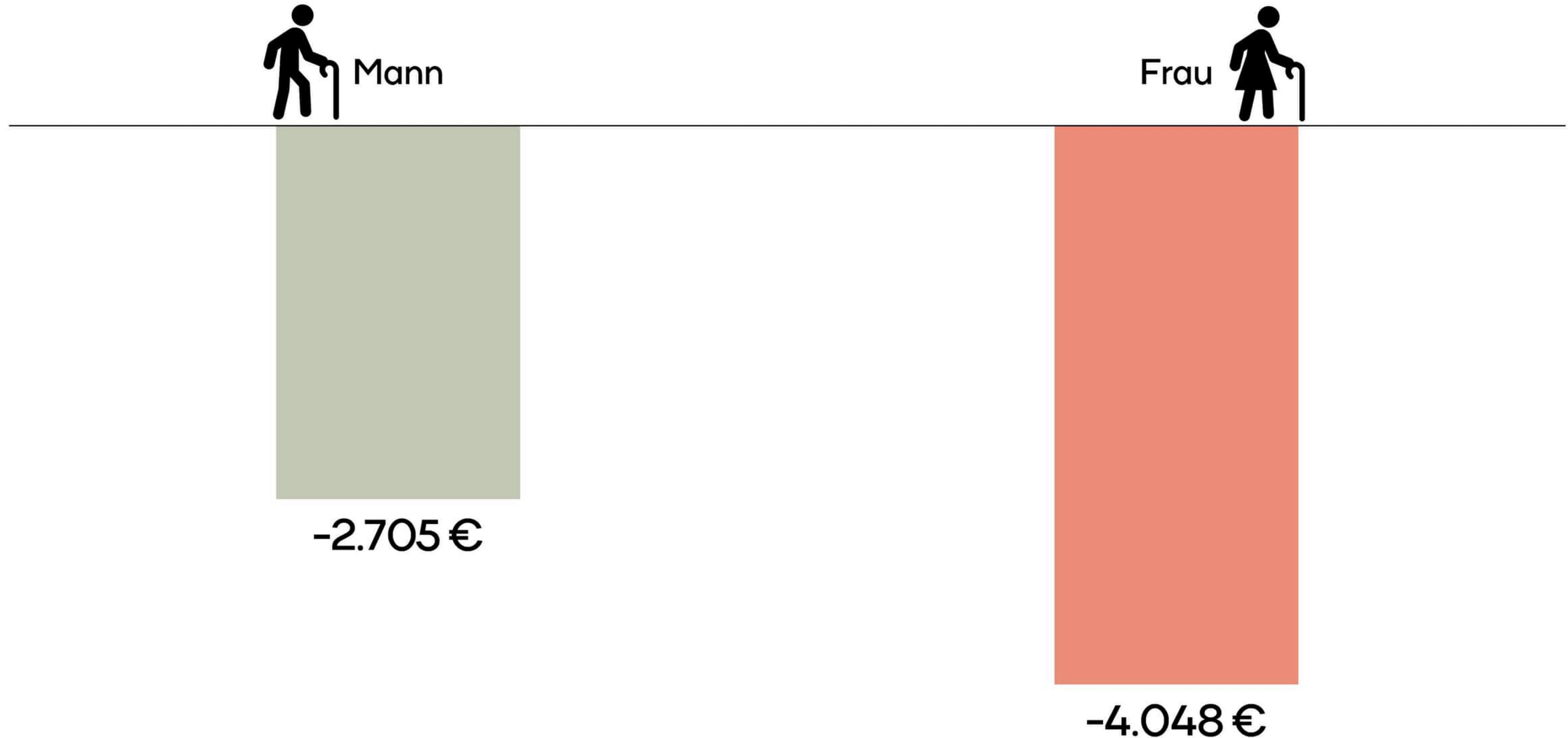
Quelle: AMS, WIFO-Berechnungen, eigene Darstellung

Lesebeispiel: Die Teilnahme nach der Elternkarenz erhöhte die Beschäftigungsquote der teilnehmenden Frauen nach zwölf Jahren um +3,1 Prozentpunkte (von 89,1% auf 92,2%).

KV-Beitragserhöhung für Pensionist:innen



Höherer KV-Beitrag kürzt Pensionseinkommen drastisch



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung

Anmerkung: Dargestellt wird die Auswirkung einer KV-Beitragserhöhung von 5,1 % auf 6,0 % auf das gesamte Pensionsvolumen bis zum Lebensende

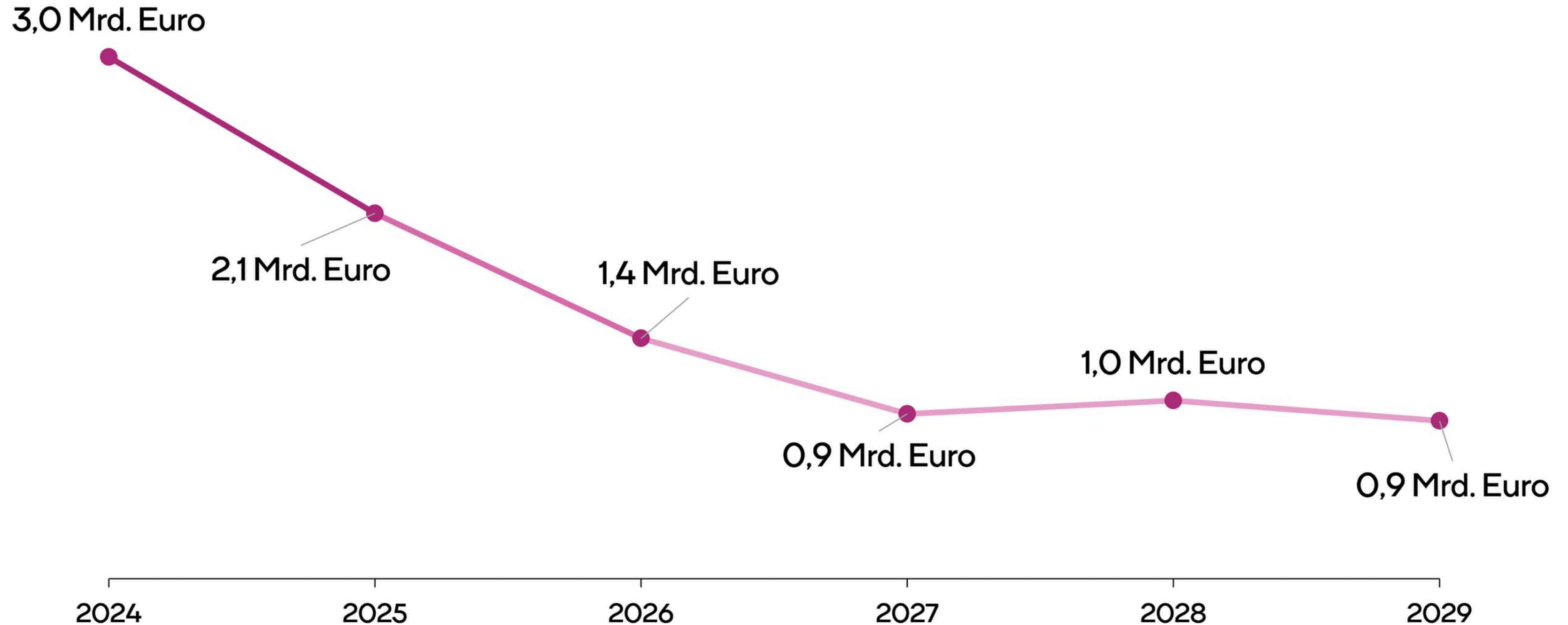
Klimabonus gestrichen



Klimapolitik ist vorbei.

Umwelt- & Klimaschutz ist der große Verlierer des Sparpakets

Nur jeder dritte Umwelt-Euro bleibt erhalten

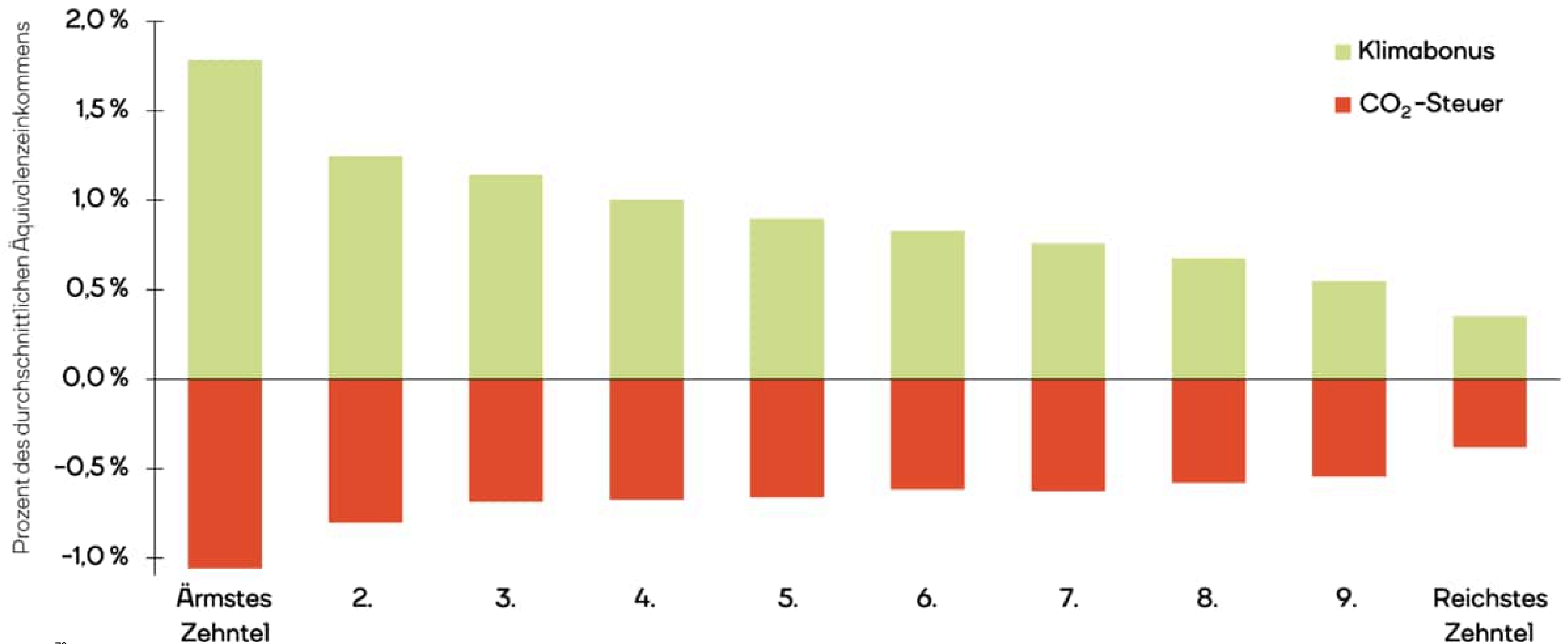


Quelle: BMF, eigene Berechnung

Anmerkung: Budget der UG 43 (Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft) abzüglich Klimabonus

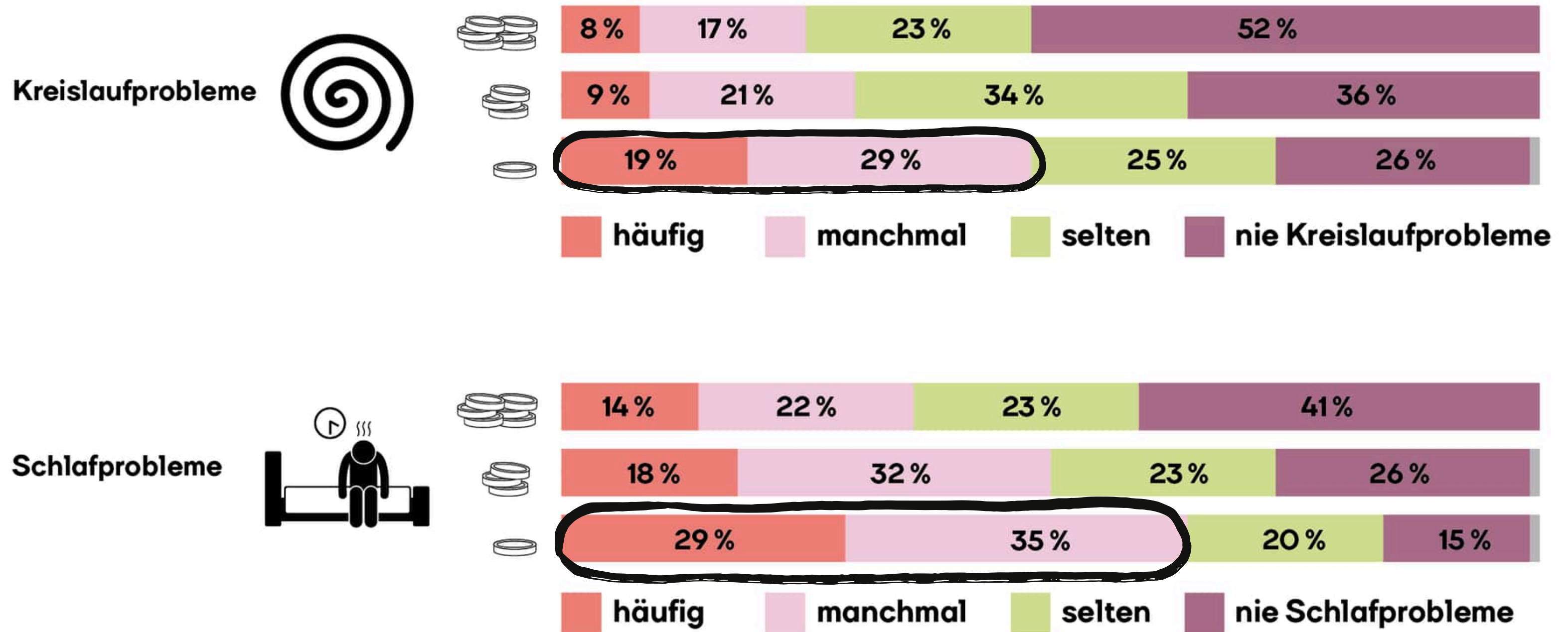
Klimabonus entlastet Haushalte mit niedrigeren Einkommen mehr

Der Klimabonus soll Mehrkosten durch die CO₂-Bepreisung ausgleichen



70

Menschen im unteren Drittel leiden gesundheitlich doppelt so oft durch Klimakrise wie oberstes Drittel



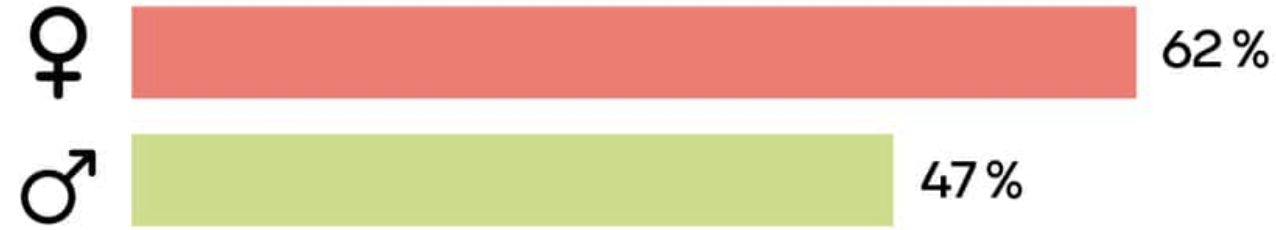
Quelle: Momentum Institut/FORESIGHT

Anmerkung: Drittel der sozialen Ungleichheit nach vorhandenen ökonomischen Ressourcen und zukünftiger finanzieller Absicherung.

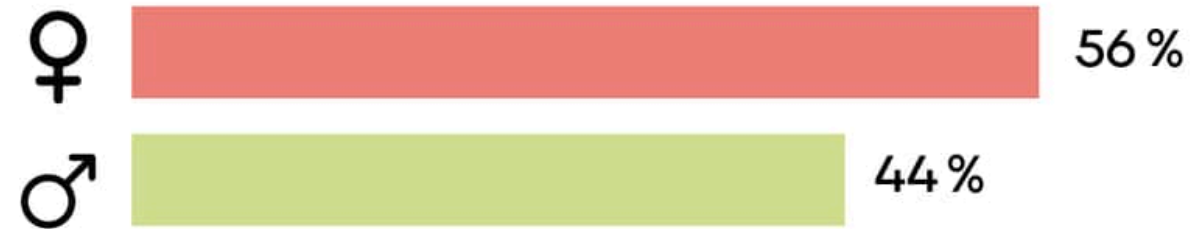
Graue Färbung: weiß nicht, keine Angabe.

Klimakrise belastet die Gesundheit von Frauen stärker

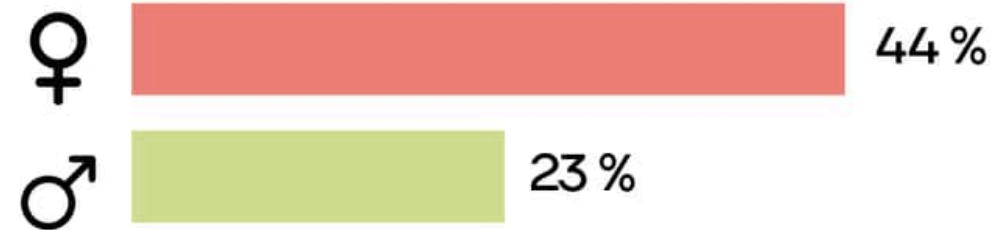
geringere
Leistungsfähigkeit



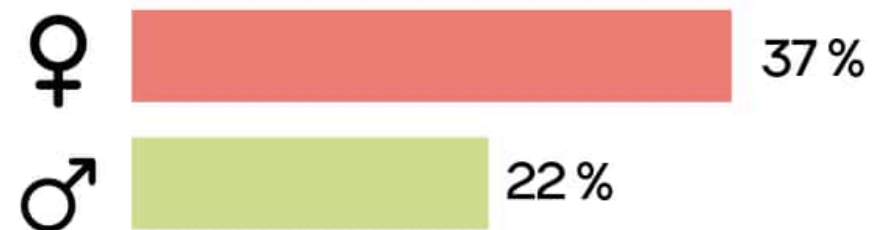
Schlafprobleme
in der Nacht



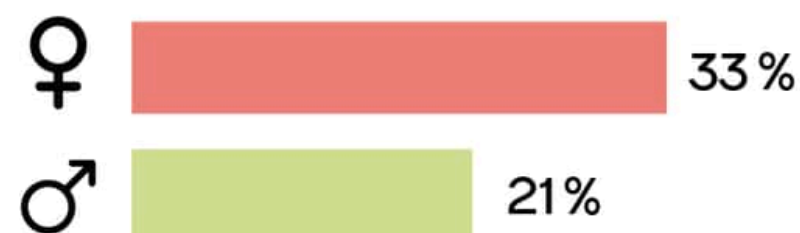
Kreislauf-
probleme



Schweißausbrüche
und Übelkeit



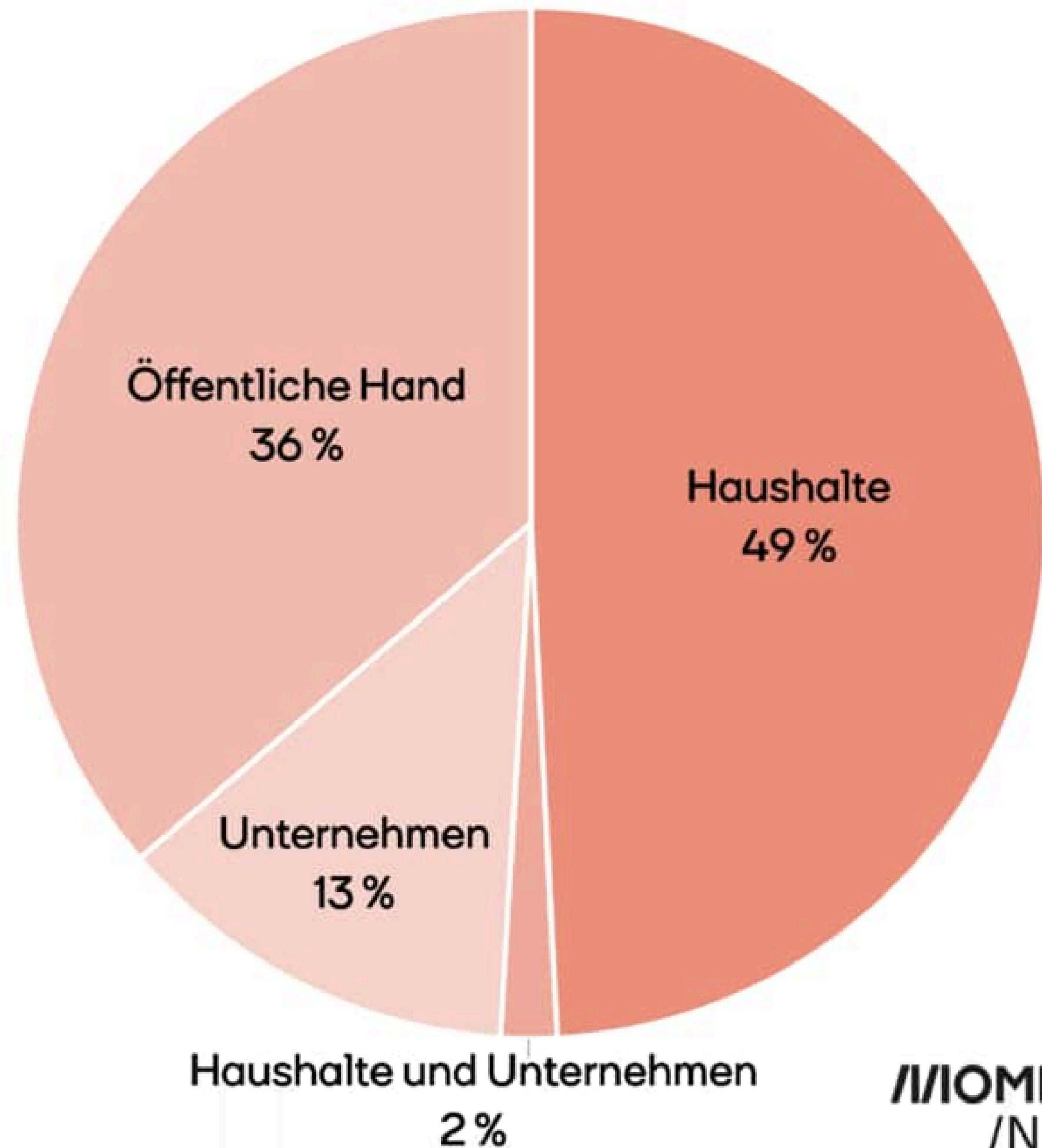
Kopfschmerzen
oder Migräne



Was fehlt im Budget?

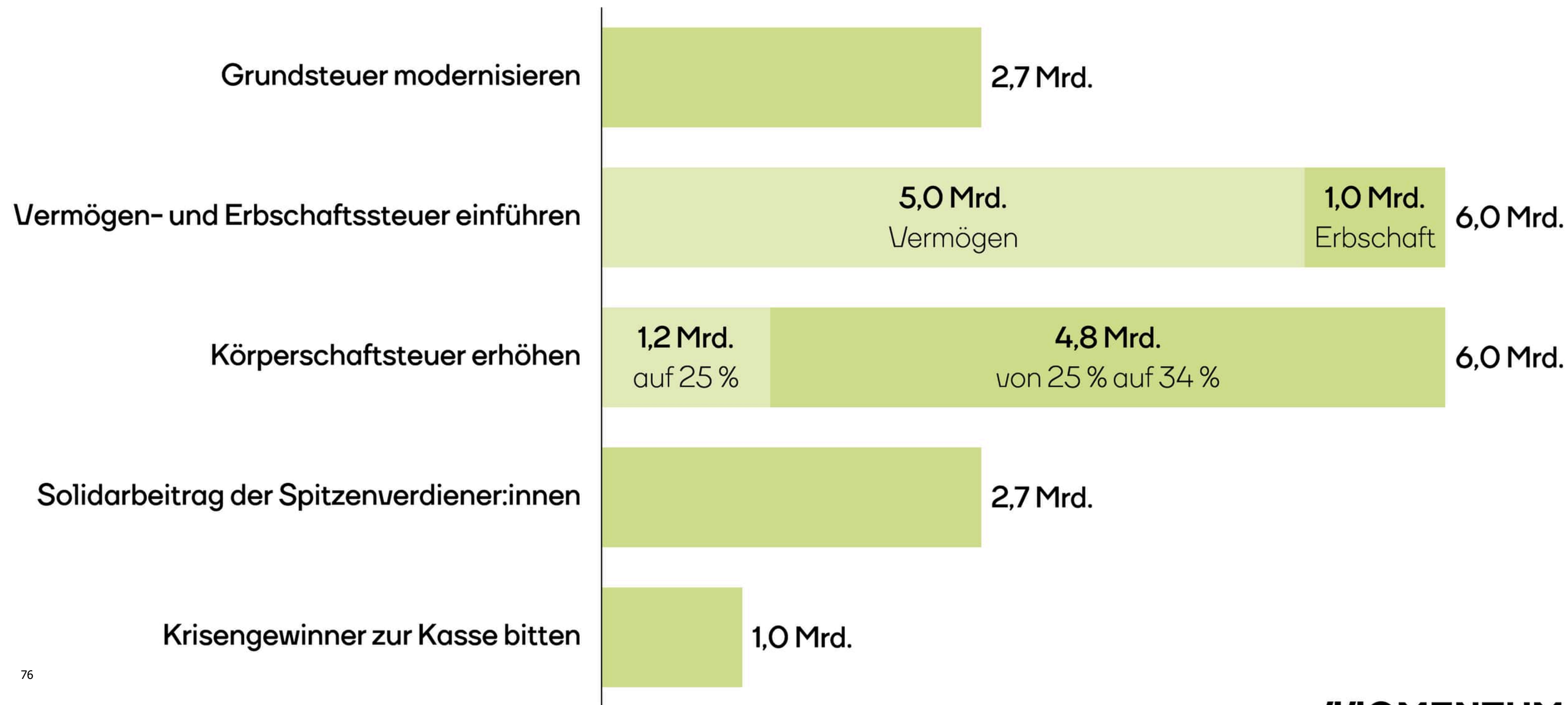
**Nur 0,026 % des Budgets gehen ins
Frauenministerium – Gleichstellung
bleibt unterfinanziert.**

Haushalte tragen fast
4-mal so viel zum
Sparpaket bei wie
Unternehmen



5 Maßnahmen um das Budget zu sanieren ohne die Haushalte zu belasten

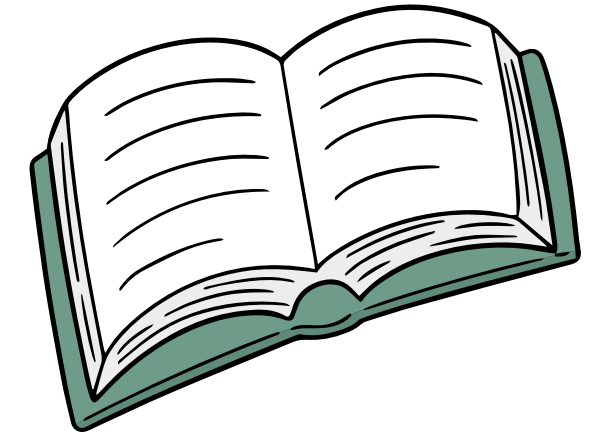
Mögliche Mehreinnahmen in Milliarden Euro



Was Männer kosten



Was Männer kosten



Boris von Heesen

Gefängnisse	3,02 Mrd. €
Häusliche Gewalt	2,75 Mrd. €
Sucht	43,93 Mrd. €
Diebstahl	1,34 Mrd. €
Wirtschaftskriminalität	1,57 Mrd. €
Ernährung	5,00 Mrd. €
Jugendhilfe	1,96 Mrd. €
Hooligans	0,17 Mrd. €
Verkehrsunfälle	2,51 Mrd. €
Umwelt und Klima	1,25 Mrd. €
GESAMTKOSTEN: 63,5 MRD. € pro Jahr	



umgerechnet auf Österreich: 7 Mrd. € jährlich

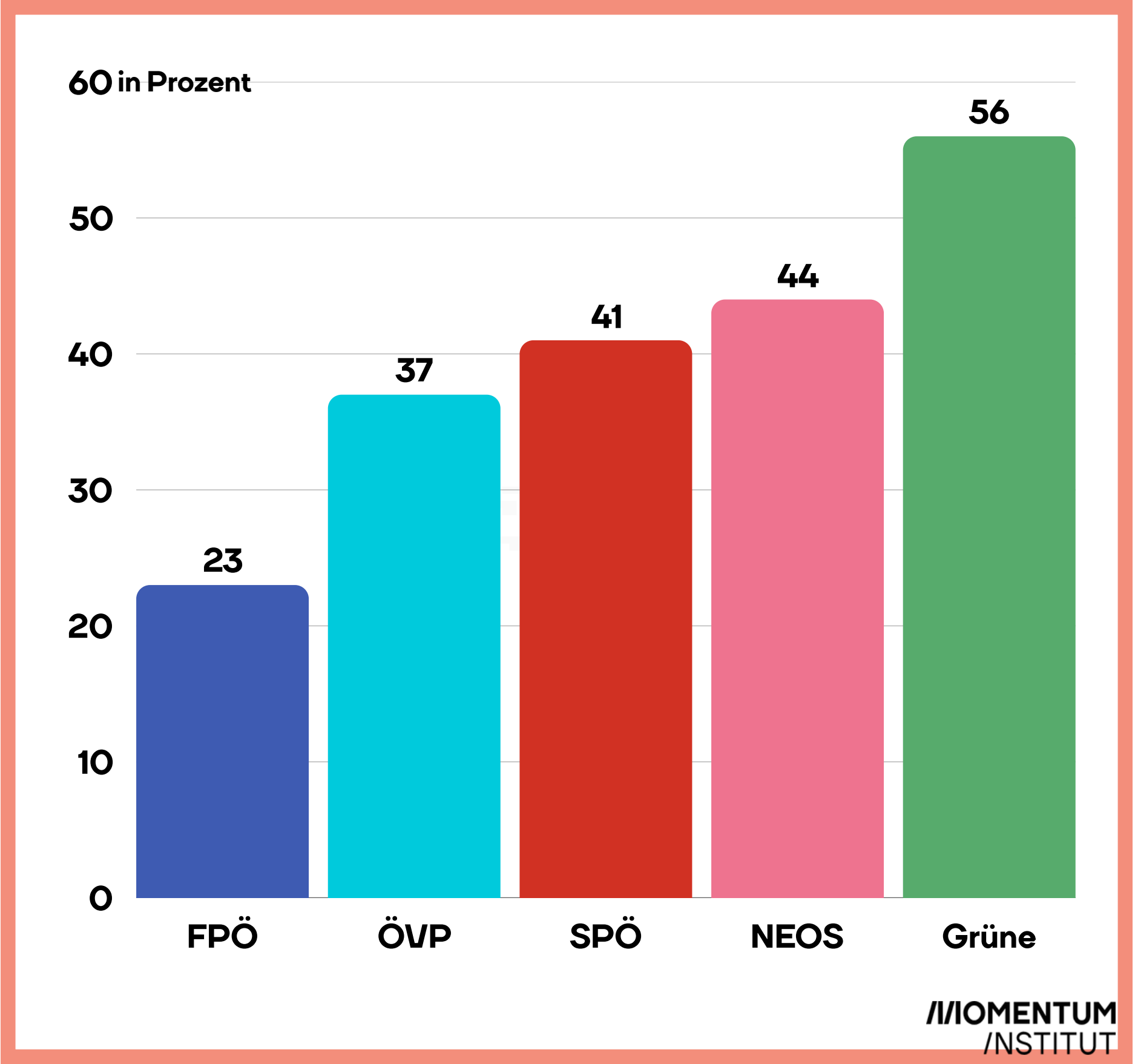
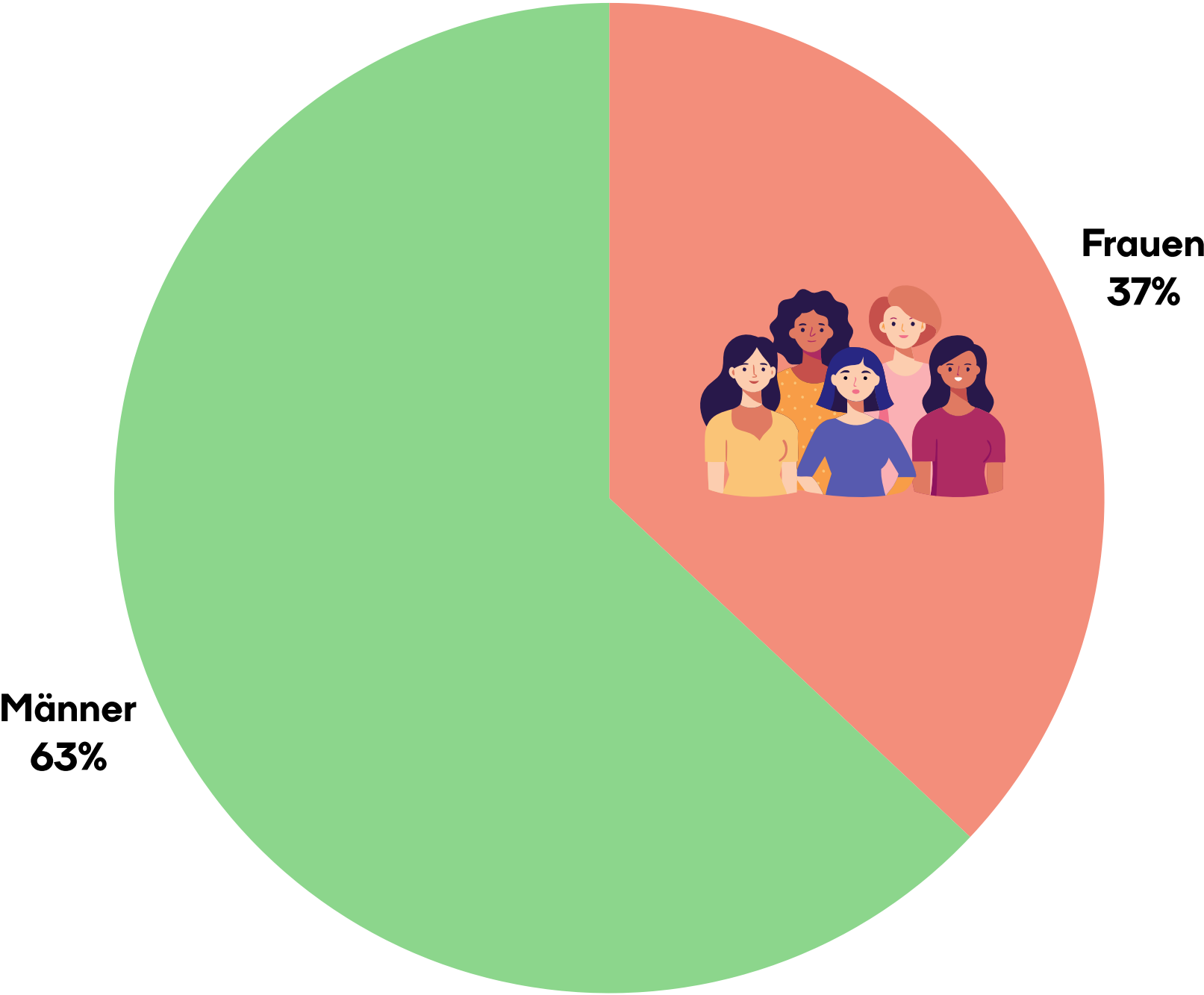
Was es braucht



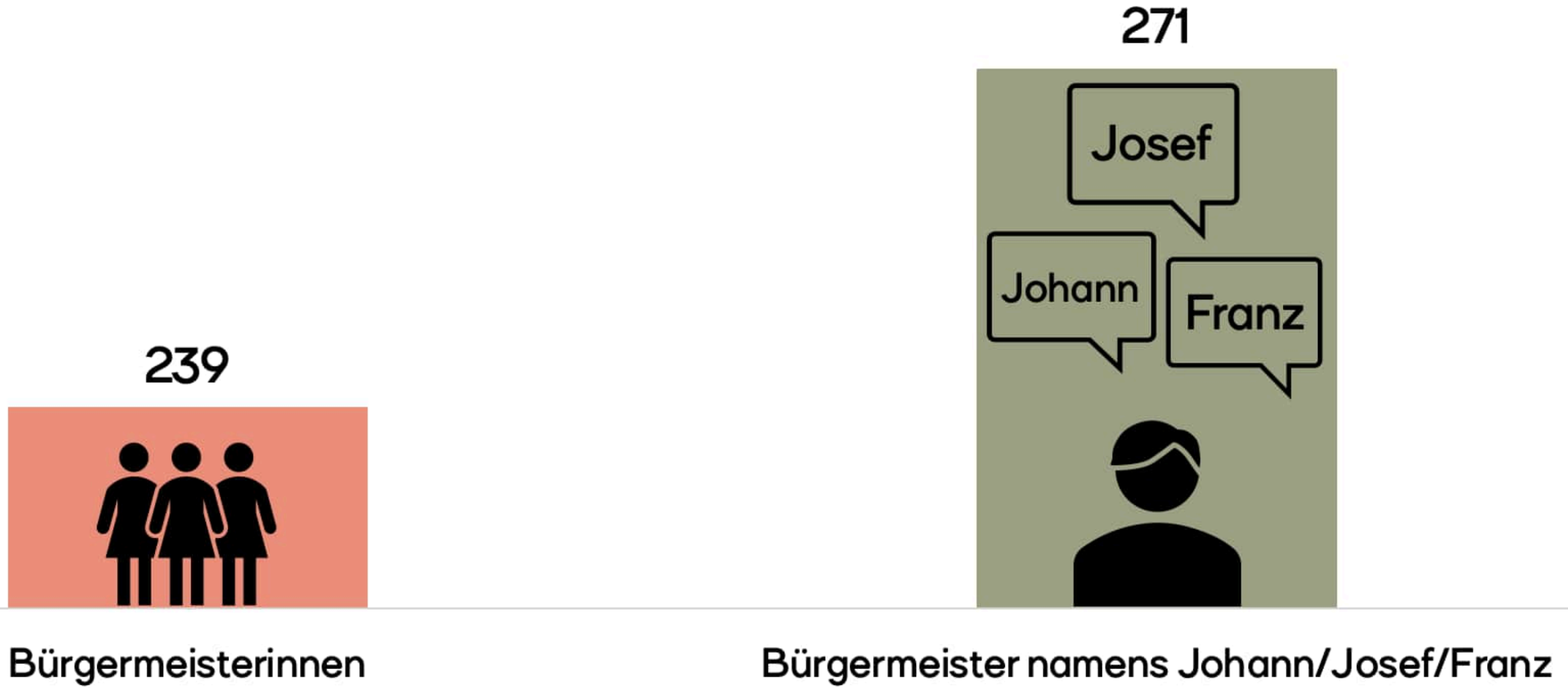
Wer trifft die Entscheidungen?



Frauenanteil im Nationalrat



Österreich's Gemeinden 2025: Immer noch mehr Bürgermeister namens Johann, Josef oder Franz als Frauen in diesem Amt



Frauen sind in Führungspositionen meist unterrepräsentiert

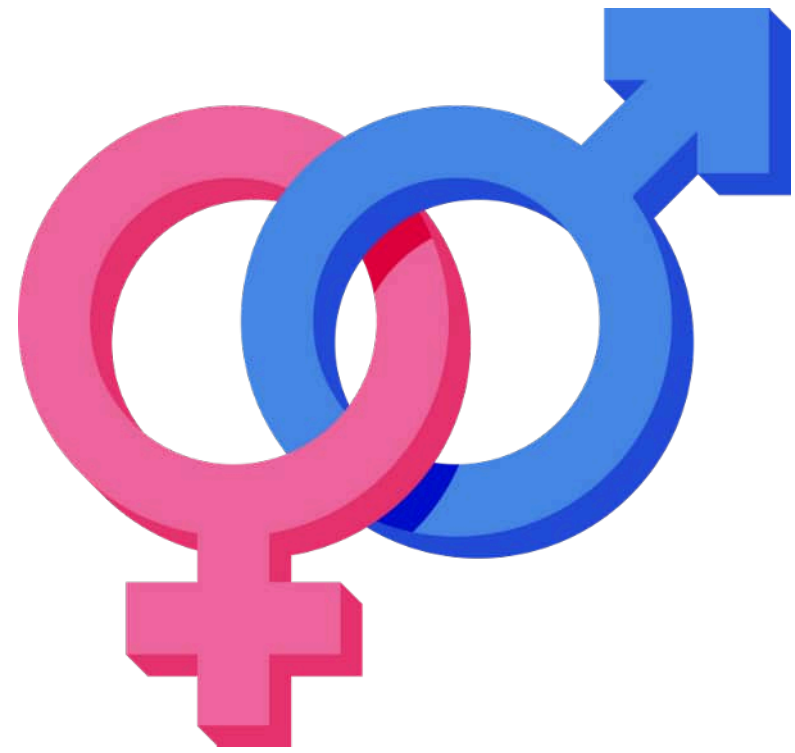
Frauen
Männer



Quelle: Statistik Austria (2017)

Anmerkung: Führungspositionen sind z.B. VorständInnen, GeschäftsführerInnen aber auch AbteilungsleiterInnen

IOMENTUM
/INSTITUT

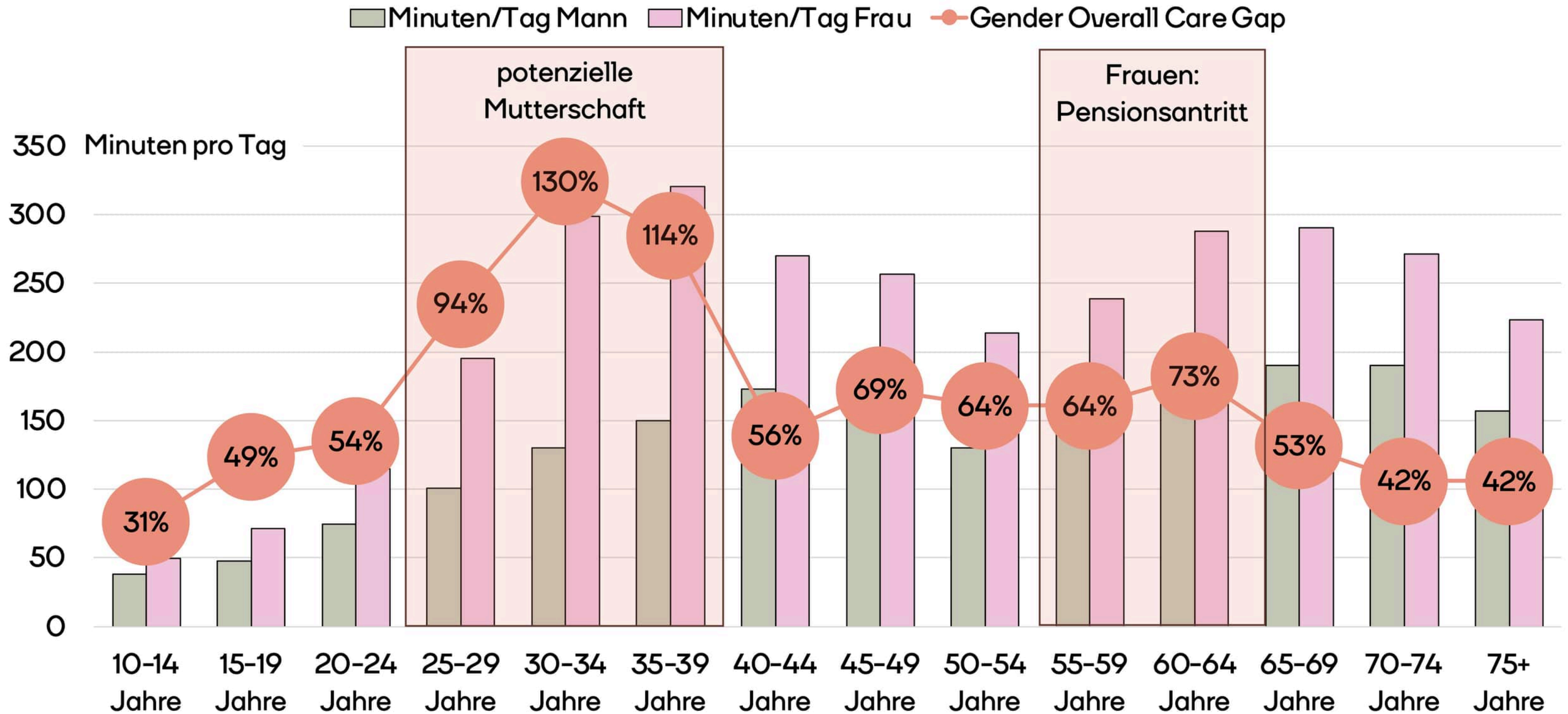


Rollenbilder, Stereotype und soziale Normen...

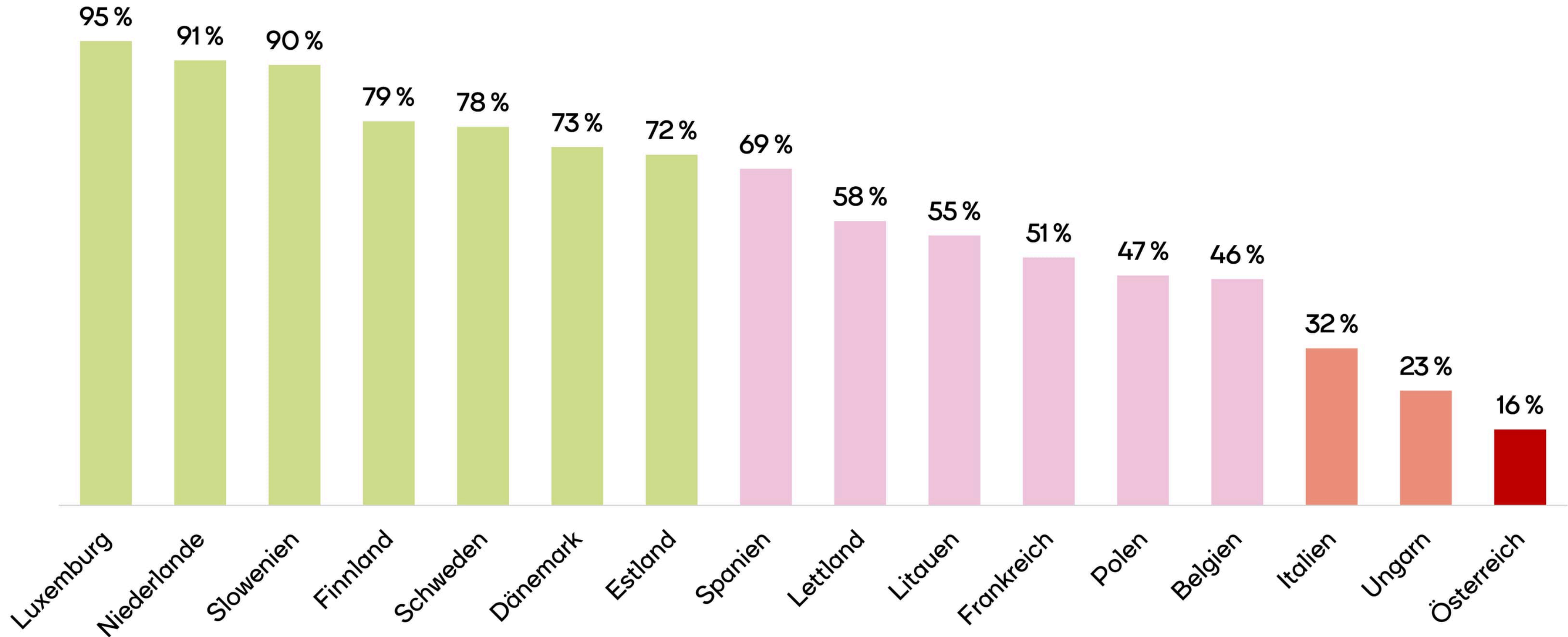


Von jung bis alt: Der Gender Overall Care Gap bleibt fest bestehen

Eine Frau übernimmt im Schnitt um mehr als 70 % mehr unbezahlte Care-Arbeit pro Tag



Österreich ist EU-Schlusslicht: Niedrigste Väterbeteiligung bei der Elternkarenz



86

Quelle: OECD 2021, eigene Darstellung

Anmerkung: Anteile der Empfänger/Nutzer von öffentlich verwalteter Väterkarenz oder öffentlich verwalteter bezahlter Väterkarenz pro 100 Lebendgeburten, 2021 oder letztes verfügbares Jahr

Historisch: Finnland gibt Müttern und Vätern gleiches Recht auf Elternzeit

In Finnland gilt nun ein neues Familiengesetz. Beide Elternteile haben nun das gleiche Recht auf Elternzeit.

06.09.2022



Gender Pay Gap - geringste Lohnlücke weltweit in Island

Seitdem müssen Unternehmen mit mehr als 25 Mitarbeitenden dafür sorgen, dass Männer und Frauen das gleiche verdienen. Konkret heißt das, dass...

08.03.2024



Kinderbetreuung im Vergleich: In Schweden haben Einjährige ein Anrecht auf einen Betreuungsplatz

Schweden liegt mit einer Betreuungsquote von um die 50 Prozent auf Platz zwei. In beiden Ländern sind die Gemeinden gesetzlich dazu verpflichtet...

05.09.2023

GIRLS JUST
WANNA HAVE
FUNDAMENTAL
HUMAN RIGHTS

Dankeschön.





Momentum Institut. Think Tank der Vielen.

Märzstraße 42/1, 1150 Wien

+43 (1) 890 16 62

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at, www.moment.at

barbara.schuster@momentum-institut.at

Folgt uns hier!



@mom_inst



@ Momentum Institut



@moment_magazin



@ Momentum Institut



@sophie-achleitner



@sophieachleitner.bsky.social



@sophieeconomist



@SophieCAch

1.3 Mehrfach diskriminierte Frauen: Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen

Plenum

NGO-Vertreterinnen im Plenum brachten einige Ergänzungen ein. Sie wiesen auf jene Gruppen hin, die mehrfach diskriminiert werden, also nicht nur als Frauen, sondern zusätzlich noch als Migrantinnen und bzw. oder als Menschen mit Behinderungen. Frauen mit Behinderungen sind häufiger von Gewalt betroffen als Frauen ohne Behinderungen. Die Beratung und Betreuung beider Gruppen ist besonders aufwendig, man brauche etwa ÖGS-Dolmetscherinnen und ÖGS-Dolmetscher (Gebärdensprache) oder Übersetzung in Fremdsprachen, beides kostet.

Unterhaltsgarantie, Kindergrundsicherung, Familienbonus

Vor allen für Alleinerzieherinnen ist wichtig, dass die im Regierungsprogramm angedachte Unterhaltsgarantie rasch umgesetzt wird. Sie wäre eine wichtige Maßnahme gegen Armut, so wie auch die ebenfalls angekündigte Kindergrundsicherung. Eine Teilnehmerin kritisierte auch Ungerechtigkeiten bei der steuerlichen Familienförderung: Auf den Familienbonus könnten Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher nicht zurückgreifen, das sei eine starke Benachteiligung. Außerdem sei der Alleinerzieherabsetzbetrag gekürzt worden. Ein weiteres Problem: Mietbeihilfen seien an Mindesteinkommen gebunden, die von vielen Frauen, vor allem von Migrantinnen, oft nicht erreicht werden.

Weitere Themen waren der schwierige Zugang zum Recht (zersplitterte Gesetzgebung im Antidiskriminierungsrecht, unterschiedliche Anlaufstellen, zu wenige Infos über Möglichkeiten) sowie der schwierige Zugang zu Therapieplätzen.

Schlechte Datenlage führt zu unterschätztem Armutsrisiko von Frauen

Für gute politische Entscheidungen brauche es eine bessere Datenlage. Etwa sei in vielen Statistiken das Haushaltseinkommen die Grundlage – wie dieses auf Frauen und Männer verteilt ist, wird aber nicht erhoben. Oder wer für die Kinder im Haushalt zahle, etwa in Patchworkfamilien-Haushalten. All das führe zur Unterschätzung des Armutsrisikos von Frauen.

1.4 Podiumsdiskussion zu Frauenrechten

Parlamentsparteien im Gespräch

Ecker (FPÖ): Unterhaltsrecht – In der Praxis trifft es die Mütter, wenn die Väter nicht zahlen

Verena Nussbaum (SPÖ) verwies auf geplante Verbesserungen im Regierungsprogramm, etwa bei Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Bereich. Im Gesundheitsbereich werde es das One-Stop-Shop-Prinzip geben, damit man nicht mehr „von Pontius zu Pilatus laufen muss, sondern sich an eine einzige Stelle wenden kann.“ Nussbaum: „Ich bleibe lästig, dass es zu keinen Verschlechterungen kommt, denn bei Sparpaketen ist immer die Gefahr, dass Menschen mit Behinderungen besonders betroffen sind.“

Abschließend diskutierten Abgeordnete der Parlamentsparteien. „Wir haben hohe Gewaltschutzbudgets, aber das ist nicht alles. Frauenrechte müssen auch in den Köpfen ankommen, das ist nicht bei allen so“, sagte Rosa Ecker (FPÖ). Sie vermisse schmerzlich eine Reform des Unterhaltsrechts: „Es soll nicht sein, dass erwachsene Kinder während des Studiums den eigenen Vater verklagen müssen auf Unterhalt. In der Praxis trifft es die Mütter, wenn die Väter nicht zahlen.“

Bogner-Strauß (ÖVP): Luft nach oben beim Gender Budgeting

„Auf dem Papier haben wir ein wunderbares Gender Budgeting, aber in der Umsetzung gibt es noch Luft nach oben“, sagte Juliane Bogner-Strauß (ÖVP). Ihr „Auftrag an uns selbst“: Die Politik sollte bei jedem Ressort herausrechnen, wie viel davon für Frauenrechte aufgewendet wird. Denn das Budget des Frauenministeriums sei nicht alles, was verwendet wird, um sich für Frauen und gegen Gewalt einzusetzen. In den Gemeinden müsse man sich anschauen, ob die Ausgaben Männern oder Frauen zugutekommen: „Ein Kindergarten kann mindestens so schön sein wie ein Feuerwehrhaus.“

Schatz (SPÖ): Gender Pay Gap: Es gibt noch immer einen „Mutterschaftsmalus“

Für Sabine Schatz (SPÖ) gibt es einen massiven Aufholbedarf beim Schließen des Gender Pay Gaps: „Es gibt immer noch einen ‚Mutterschaftsmalus‘. Bei Männern bedeuten Kinder hingegen einen Lohnknick nach oben.“ Sie forderte mehr Lohntransparenz in den Unternehmen. Zum Sparpaket sagte sie: „Wir sparen nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil wir müssen. Denn die vorige Regierung hat uns leere Töpfe hinterlassen.“ Jedenfalls sei es gelungen, eine Senkung des Frauenbudgets zu verhindern, und auch wichtige Maßnahmen wie das zweite verpflichtende Kindergartenjahr konnte vereinbart werden.

Brandstötter (NEOS): Kindergärten-Öffnungszeiten müssen Müttern Vollzeit-Arbeit ermöglichen

Henrike Brandstötter (NEOS) forderte mehr Kindergartenplätze, die mit Vollzeitarbeit der Mütter vereinbar sind. „Was immer als Wahlfreiheit verkauft wird, gibt es nicht, wenn die Kindergärten zu Mittag zusperren. Ohne Wahl gibt es auch keine Freiheit. Das führt zur Abhängigkeit vom Partnereinkommen und später zu Altersarmut.“ Außerhalb Wiens ist laut Momentum Institut nur jeder vierte Kindergartenplatz Vollzeit-tauglich. Brandstötter thematisierte weiters die reproduktiven Rechte von Frauen: „Im Burgenland gibt es keine Möglichkeit für einen Schwangerschaftsabbruch. Das Thema muss endlich enttabuisiert werden!“

Disoski (Grüne): Politik muss Gleichstellung fördern – Budget macht das Gegenteil

Meri Disoski (Grüne) bedauerte, dass „das Frauenbudget erstmals nach fünf Jahren nicht erhöht wurde – das ist eine faktische Kürzung.“ Unter der Nicht-Evaluierung von Familienleistungen würden vor allem Frauen leiden. „Gerade wenn Spardruck da ist, muss man weiter dorthin Geld geben, wo Gleichstellung gefördert wird. Das Budget macht das genaue Gegenteil“, kritisierte sie. Auch der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch sei ihr ein großes Anliegen: „Sicher, legal, ohne dass es eine Geldfrage ist. Ich schaue sehnsüchtig nach Frankreich, wo das Recht auf Abtreibung in der Verfassung verankert wurde.“

1.5 Schlussfolgerungen der Volksanwaltschaft

Zahlreiche Menschenrechtsverträge und die österreichische Bundesverfassung beinhalten die Verpflichtung von Bund, Ländern und Gemeinden, aktive Gleichstellungspolitik zu betreiben und vor allem der Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen zentralen Stellenwert zu geben.

In Österreich sind Frauen und Männer seit Jahrzehnten rechtlich gleichgestellt, und auch in der Budgetpolitik müssen Gleichstellungsziele benannt und Maßnahmen dazu dargestellt werden. Somit ist das Ziel der tatsächlichen Gleichstellung bei der mittelfristigen und jährlichen Haushaltsplanung, im Strategiebericht, bei den Angaben zur Wirkungsorientierung sowie beim Vollzug im Wege von Berichts- und Informationspflichten im Zusammenhang mit dem Wirkungscontrolling zu berücksichtigen. Anhand von Indikatoren für Wohnen, Bildung, Arbeit und Einkommen, Gesundheit und Gewaltbetroffenheit sowie politische Partizipation in Politik, Wirtschaft und Medien zeigt sich aber nach wie vor ein durchwachsenes Bild. Von einer ausgewogenen ökonomischen, sozialen und politischen Teilhabe und Repräsentanz von Frauen kann keine Rede sein (siehe „Gleichstellung in Österreich – Zahlen, Daten und Fakten“, BKA, Wien 2024). Selbst kleine Fortschritte sind nur über längere Zeiträume feststellbar und erweisen sich als nicht krisenfest.

Ein diskriminierungsfreier Zugang zu Sozialsystemen, zu Gesundheitsdiensten, öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur wäre entscheidend für eine echte Geschlechtergleichstellung, die allen in Österreich lebenden Mädchen und Frauen faire Chancen auf Entfaltung ihrer Potenziale bietet und ihnen ein gewaltfreies, selbstbestimmtes Leben sichert. Defizite auf nur einer dieser Ebenen wirken sich zwangsläufig nachteilig auf deren Lebenssituation aus. Die UN-Agenda 2023 betont etwa, dass die Ungleichverteilung unbezahlter Care-Arbeit eine der wesentlichen Ursachen für die ökonomische Benachteiligung von Frauen ist. Teilzeit ist in Österreich mit rund 1,4 Millionen Beschäftigten kein Randphänomen, und sie ist mit 1,1 Millionen Frauen nicht ohne Grund weiblich dominiert. Dazu kommt, dass Frauen neben Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen für die partielle Erwerbsintegration über Teilzeit vielfach auch schlechtere Arbeitsbedingungen, Einkommens- und Karriereeinbußen in Kauf nehmen.

Schon beim Berufseinstieg verdienen Frauen bei gleichem Bildungsniveau weniger als Männer. Das setzt sich im Berufsverlauf, verschärft durch Mutterschaft, fort und gipfelt im Gender Pension Gap. Seit das gesetzliche Pensionsantrittsalter der Frauen steigt, nimmt neben der steigenden Beschäftigung in der Gruppe der 60- bis 64-jährigen Frauen auch die Arbeitslosigkeit deutlich zu. Es ist fraglich, ob die für das 2025/26 geplanten AMS-Mittel ausreichen werden, um dem anhaltenden Trend der steigenden Altersarbeitslosigkeit von Frauen auch nur zu stoppen. Der Geschlechterunterschied bei den Pensionen erreicht hierzulande mit 39 Prozent einen der höchsten Werte innerhalb der EU. Alleinlebende Frauen im Pensionsalter haben in Österreich nach Alleinerziehenden und kinderreichen Familien nach wie vor das höchste Armutsrisiko.

Immer wieder werden Kosten und andere wirtschaftliche Prioritäten als Schlüsselargument dargestellt, um Maßnahmen zu einer substantiellen Geschlechtergleichstellung an den Rand zu drängen und die Verfestigung von Geschlechterstereotypen aufrecht zu erhalten. Gerade in Zeiten der Budgetkonsolidierung fehlt dann zumeist auch das Augenmerk darauf, dass Frauen durch Sparvorgaben und genderblinde Politikgestaltung nicht zusätzlich benachteiligt werden. Zahlreiche Maßnahmen wie die Aussetzung der Valorisierung der Familienleistungen oder auch die Nichtvalorisierung der Förderungen der Beratungseinrichtungen werden besonders Frauen treffen. Es fehlt eine zahlenbasierte Darstellung der Bundesregierung, wie die budgetpolitischen Maßnahmen der nächsten Jahre bestehende Gleichstellungsdefizite beeinflussen sollen.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Bundesregierung mit dem Ministerratsbeschluss 7/13 vom 23. April 2025 die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen beschlossen hat. Die im Frauenministerium angesiedelte Nationale Koordinierungsstelle der Istanbul-Konvention hat nach Artikel 11 der Istanbul-Konvention die Verpflichtung, statistische Daten zu Gewalt gegen Frauen zu sammeln und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

2 „Human Rights First – trotz Sparpaket“ für Menschen mit Behinderungen

Ein Themenblock widmete sich den Rechten von Menschen mit Behinderungen. „Wo hinkt Österreich den internationalen menschenrechtlichen Standards am meisten hinterher? Wo besteht der größte Handlungsbedarf?“, fragte Achitz in seiner Einleitung. Es gelte nicht nur zu beachten, was die Umsetzung der Menschenrechte kostet und ob sie finanzierbar ist: „Man kann sich auch anschauen, ob es eine Umwegrentabilität gibt.“

2.1 Sparpakete wirken sich massiv auf Menschen mit Behinderungen aus

MMag.^a DDr.ⁱⁿ Ursula Naue

Senior Lecturer, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

„Sparpakete wirken sich massiv auf Menschen mit Behinderungen aus, weil die schon bestehende Finanzierungsproblematik weiter verschärft wird“, sagte Ursula Naue vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien in ihrem Vortrag: „Wir haben eine lange Tradition der Almosenpolitik und zu wenig Bewusstsein, dass es um Rechte von Menschen mit Behinderungen geht.“ Behindertenrecht sei eine Querschnittsmaterie und müsse in allen Politikfeldern angesprochen werden.

Österreich hat sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Daran ist nicht nur der Bund, sondern sind natürlich auch die Länder und Gemeinden gebunden. Monitoringstellen können die Umsetzung aber nur beobachten, so Naue: „Sie haben keine Druckmechanismen und keine Durchsetzungsmöglichkeiten. Hier sind wir alle als Gesellschaft gefragt.“

Zentral sei die Frage: „Was ist Behinderung?“ Die UN-BRK definiere das nach dem sozialen Modell von Behinderung: Menschen WERDEN behindert. Hierzulande stünde aber immer noch das medizinisch-individuelle Modell von Behinderung im Zentrum: „Österreichische Gesetzestexte meinen, Menschen SIND behindert. Das hat Folgen auf die Politik.“ Vor allem an den Sonderschulen übte Naue Kritik: „Sonderschulen sind ein Widerspruch zur UN-BRK und stehen einem guten und Selbstbestimmten Leben im Weg.“ Dabei sei Bildung – neben Arbeit – zentral, um ein selbstbestimmtes Leben leben zu können.

Rechte von Menschen mit Behinderungen: Grundlagen, Herausforderungen und dringendste Handlungsfelder

MMag.a DDr.in Ursula Naue
Institut für Politikwissenschaft / Universität Wien

Impulsvortrag im Rahmen des NGO-Forums der Volksanwaltschaft
,Human Rights First – trotz Sparpaket‘
19.5.2025

Aufbau des Impulsvortrags

1. Vorab
2. Grundlagen
3. Herausforderungen
4. Dringendste Handlungsfelder
5. Beispiel: Inklusive Bildung
6. Zusammenfassung und Ausblick

1. Vorab

Klar ist:

15 bis maximal 20 Minuten Vortragszeit für



die Grundlagen, Herausforderungen und dringendsten Handlungsfelder in Bezug auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen



Ding der Unmöglichkeit

Das bedeutet:

Ich kann viele wichtige Punkte bestenfalls gerade einmal ansprechen, aber nichts davon annähernd ausreichend besprechen.

2. Grundlagen (1)

UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)

Ratifikation 2008

Erste Staatenprüfung 2013

Zweite Staatenprüfung 2023

Abschließende Handlungsempfehlungen bei beiden Staatenprüfungen →
Feststellung sehr vieler Hauptproblembereiche und Formulierung etlicher
Empfehlungen durch den UN-BRK Fachausschuss an Österreich

→ mit der UN-BRK ist die zentrale Grundlage in Bezug auf (Menschen)Rechte von
Menschen mit Behinderungen vorhanden – wesentlich ist dabei die Frage des
grundsätzlichen *Umdenkens* und *Neugestaltens* und dann *Umsetzens*

2. Grundlagen (2)

Bundesrecht in Österreich auszugsweise:

Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG)

1970 in Kraft getreten

Bundesbehindertengesetz (BBG)

1990 in Kraft getreten

Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG)

2006 in Kraft getreten

→ Kritik unter anderem von Organisationen von Menschen mit Behinderungen an den rechtlichen Grundlagen floss zum Teil in Novellen ein

2. Grundlagen (3)

Aktionspläne auf Bundesebene:

Nationaler Aktionsplan Behinderung 2012-2020 (NAP I)

Nationaler Aktionsplan Behinderung 2022-2030 (NAP II)

Evaluierung des NAP I im Jahr 2020: Kritikpunkte unter anderem in Bezug auf ...

mangelnde Einbeziehung der Bundesländer (Föederalismus)

ungenügende Partizipationsprozesse (Relevanz von Erfahrungsexpertise)

unklare Finanzierungsfragen (Finanzierungsvorbehalt des Finanzministeriums)

→ Kritik der Evaluierung wie auch unter anderem von Organisationen von Menschen mit Behinderungen floss zum Teil in die Entstehung, Formulierung und Umsetzung des NAP II ein

3. Herausforderungen (1)

UN-BRK als Ausgangspunkt →

es zeigen sich drei miteinander verwobene Herausforderungs-Ebenen:

Strukturell: Wer setzt was wie um?

zB NAP-Umsetzungsproblematik – Zuständigkeiten

Konzeptionell: Was ist das, was es umzusetzen gilt?

zB Begriffe wie Inklusion oder Partizipation, die (un)bewusst falsch übersetzt, verwendet und ‚uminterpretiert‘ werden

Inhaltlich: Was muss getan werden?

→ das wissen wir entlang der UN-BRK beziehungsweise aus Best-Practice-Beispielen eigentlich schon recht lange...

3. Herausforderungen (2)

Was ist Behinderung? → eine vermeintlich banale Frage – jedoch eine, die Politikgestaltung ganz wesentlich leitet:

UN-BRK:

Behinderung verstanden im Sinne des sozialen beziehungsweise Menschenrechts-Modells von Behinderung (Menschen *werden* behindert)

Gesetzestexte in Österreich, Verständnis in der Bevölkerung und bei Politikgestaltenden:
immer noch stark am medizinisch-individuellen Modell orientiertes Verständnis
(Menschen *sind* behindert)

→ je nach Verständnis von Behinderung liegt der *Schwerpunkt von Politikgestaltung* auf der umfassenden Umsetzung von (Menschen)Rechten ODER weiterhin auf Almosen

4. Dringendste Handlungsfelder

Alles, was in der UN-BRK steht, ist ein dringendes Handlungsfeld →
die UN-BRK betrachtet das Leben von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft
umfassend-zusammenhängend

Ziel der UN-BRK (Art. 19 mit Bezug auf Art. 1) → ein gutes und Selbstbestimmtes Leben
auf der Basis von (Menschen)Rechten führen zu können

→ vordringlich sind unter anderem daher die Themen

Bildung

Arbeit

→ Voraussetzung dafür: das soziale und Menschenrechts-Modell von Behinderung muss
umgesetzt/gelebt werden (= politikgestaltende und handlungsleitende Modelle)

→ einzelne/punktueller Anpassungen in Richtung Umsetzung der UN-BRK sind ein Weg,
nicht aber das Ziel

5. Beispiel: Inklusive Bildung (1)

Sonderschulen sind ein Widerspruch zur UN-BRK und stehen einem guten und Selbstbestimmten Leben im Weg:

→ General Comment No. 4/2016 (right to inclusive education) des UN-BRK Fachausschusses, S. 11:

Umsetzung von Art. 24 UN-BRK „...not compatible with sustaining two systems of education: a mainstream education system and a special/segregated education system.“ – keine parallelen Bildungssysteme

→ Abschließende Handlungsempfehlungen des UN-BRK Fachausschusses 2023 an Österreich, S. 12 (Punkt 58. a): unter anderem wird hier betont:

Ausbau des segregierten Schulsystems unverzüglich beenden und dieses Schulsystem auslaufen lassen,

Ressourcen für den Übergang zu inklusiver Bildung bereitstellen,
bundesweite Strategie für inklusive Bildung entwickeln

5. Beispiel: Inklusive Bildung (2)

Und was geschieht in Österreich in Bezug auf inklusive Bildung?

- Begriffe werden (un)bewusst falsch übersetzt beziehungsweise verwendet (zum Beispiel der zentrale Begriff Inklusion)
- Sonderschulen werden nach wie vor gebaut (Argument: beste Versorgung nur dort gewährleistet; Schule ist aber mehr als Versorgung)
- Eltern haben in diesem Kontext bloß ein vermeintliches Wahlrecht für die Schulform (Finanzierungen fließen in Sonderschulen, als inklusive Schulen bezeichnete andere Schul-Settings schrecken ab; stark emotionalisierte Debatte)
- inklusive Schule funktioniert nicht, wird argumentiert (ignoriert werden dabei jahrzehntelange Erfahrungen im Ausland wie auch in Österreich selbst)
- Abschaffung der inklusiven Modellregionen (NAP I, Maßnahme 125); fehlen im NAP II
- gibt es nach langem Fordern (von Eltern, Organisationen etc) politische Maßnahmen, hängt deren Umsetzung oftmals von Strukturen und Finanzierung ab; Beispiel: Regierungsprogramm 2025, S. 208, Rechtsanspruch auf ein 11. und 12. Schuljahr

6. Zusammenfassung und Ausblick (1)

Behindertenpolitik ist eine *Querschnittsmaterie* → Inhalte, die in verschiedenen/mehreren Bereichen von Politikgestaltung relevant sind/dort angesprochen werden müssen

Fehlendes Disability-Mainstreaming erschwert die Umsetzung der UN-BRK in Richtung eines guten und Selbstbestimmten Lebens auf der Basis von (Menschen)Rechten

Politikgestaltung in Österreich verweist gerne und oft auf die Umsetzung der UN-BRK – das ist selbstverständlich wichtig, reicht aber nicht aus:

„... dem Hintergrund des Ergebnisses der Prüfung Österreichs durch den Fachausschuss der Vereinten Nationen im Hinblick auf die **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** gilt es **weiterhin zielstrebig und proaktiv Politik für Menschen mit Behinderungen** zu betreiben und den Nationalen Aktionsplan Behinderung 2022-2030 umzusetzen.“ (Bundesministerium für Finanzen, Strategiebericht 2025 bis 2028 und 2026 bis 2029 gem. § 14 BHG 2013/Budgetbericht 2025 und 2026 gem. § 42 Abs. 3 BHG 2013, Mai 2025, S. 154; Hervorhebungen rot Naue)

→ die UN-BRK fordert ein *Umdenken, Neugestalten* und *Umsetzen* und das setzt *Nachdenken* darüber voraus, was wie warum (nicht) umgesetzt wird

6. Zusammenfassung und Ausblick (2)

Fazit:

Ursachen für das Nicht-Umsetzen von (Menschen)Rechten von Menschen mit Behinderungen gibt es nach wie vor viele →

Vermengung verschiedener Faktoren, deren Grundlage ein bestimmtes politikgestaltendes und handlungsleitendes Verständnis von Behinderung ist:

→ wer in einer Gesellschaft welche Unterstützungsleistungen erhält, hängt von diesem Verständnis ab (Rechte/Gleichberechtigung ODER Wohlwollen/Entgegenkommen)

→ Problemlagen und Bedarfe in Bezug auf Menschen mit Behinderungen werden oft mit jenen anderer ‚Gruppen‘ zusammengefasst (Stichwort benachteiligte/marginalisierte Gruppen) beziehungsweise überhaupt nicht mitgedacht/angesprochen

Sparpakete wirken sich in diesem Kontext massiv auf Menschen mit Behinderungen aus, weil dadurch die *Finanzierungsproblematik* fortgesetzt und verstärkt wird!

2.2 Budgetpolitik ist nicht neutral, sondern menschenrechtlich gebunden

Dr.ⁱⁿ Angela Wegscheider

Senior Scientist, Institut für Politikwissenschaft und Sozialpolitik, JKU Linz

Wie können menschenrechtliche Standards unter ökonomischem Druck gewahrt werden? Die Gefahren von Sparpaketen schilderte Angela Wegscheider von der Johannes Kepler Universität Linz nicht anhand von Prognosen, sondern von Analysen der Vergangenheit: „Sparmaßnahmen in den Jahren ab 2008 haben zu mehr Armut und zu weniger Rechten geführt.“ Österreich habe soziale Dienstleistungen, Ausbildungsprogramme, Arbeitsmarktintegration und innovative Projekte für Menschen mit Behinderungen gekürzt.

Wegscheider warnte vor langfristigen Auswirkungen von Benachteiligung und Segregation z.B. durch Sonderschule oder Ersatzarbeitsmarkt sowie vor Zusatzkosten durch Sondersysteme und fehlende Barrierefreiheit. Staatliche Sparvorgaben drohen Menschen mit Behinderungen überdurchschnittlich zu treffen. Auch wenn Menschen mit Behinderungen bei vielen Sparmaßnahmen nicht explizit genannt werden, würden sie überproportional getroffen: durch Einsparungen bei Familien-, Sozial-, Pflege- und Gesundheitsleistungen, bei Arbeitsmarkt und Bildung.

Die UN-BRK verlangt, dass Budgetentscheidungen menschenrechtskonform erfolgen müssen. „Budgetpolitik ist nicht neutral, sondern menschenrechtlich gebunden. Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen müssen mit Priorität mitgedacht werden“, schloss Wegscheider.

Rechte von Menschen mit Behinderungen Ökonomische und finanzielle Aspekte in budgetär schwierigen Zeiten



Impulsvortrag von Mag.^a Dr.ⁱⁿ Angela Wegscheider im Rahmen des NGO-Forums der
Volksanwaltschaft „Human Rights First – trotz Sparpaket“ am 19.5.2025

Ziel des Impulsvortrags

- Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderungen unter den Bedingungen von Haushaltssanierung und Sparmaßnahmen
- Zentrales Spannungsfeld: menschenrechtliche Verpflichtungen einerseits, staatliche Sparvorgaben andererseits

Fragestellung: Wie können menschenrechtliche Standards - jene aus der UN-BRK - unter ökonomischem Druck gewahrt werden?

Ablauf:

- Wie gestalten sich die Rahmenbedingungen
- Was sagt die Forschung
- Worauf ist zu achten
- Was im Budgetplan zu lesen ist
- Beispiel Wohnen
- Fazit zu Menschenrechte und Budgethoheit

Rahmenbedingungen

- **Behindertenpolitik ist Querschnittsmaterie**
 - Keine eindeutige gebietskörperschaftliche Zuordnung
 - Schulrecht, Baurecht, Sozialversicherungsrecht, Arbeitsrecht, Familienrecht ...
- **Behinderung ist eine unspezifische, veränderbare soziale Kategorie**
 - Organisatorisches Bedürfnis des Staates: jene zu klassifizieren, die Anspruch auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen oder speziellen gesetzlichen Schutz haben sollen
- **Konservativer Wohlfahrtsstaat mit kompensatorischer Sozialpolitik**
 - Dominierendes Sozialversicherungssystem, universelle Systeme, Sozialentschädigungen, bedarfsorientierte Geld-, Sach- und Dienstleistungen in Länderkompetenz
 - Schwächeres Antidiskriminierungsrecht, Gleichheit wird über sozialstaatliche Absicherung innerhalb bestehender Statusordnungen definiert, weniger über Rechtsgleichheit und individuelle Klagewege



Analyse von Zeiten der Sparpolitik. Im Rückblick: Was sagt die Forschung? (1)

- Staat spart Geld ein, senkt Ausgaben, erhöht Einnahmen
 - Jahre nach Finanz- und darauffolgender Wirtschaftskrise (ab 2008)
- **Auswirkung d. Sparmaßnahmen auf Menschen mit Behinderungen** (Bericht 2012)
 - Kürzungen bei Sach-, Geld- und Dienstleistungen und verschärfte Bedingungen
 - Mehr Armut und weniger Rechte
 - Unterschiedliche Länderstrategien in der EU
 - **Österreich** hat, so im Bericht, Priorität von Behinderung heruntergespielt
 - Hat soziale Dienstleistungen, Ausbildungsprogramme, Arbeitsmarktintegration und innovative Projekte für Menschen mit Behinderungen gekürzt
 - Es gab weniger Fundraising und private Spenden
 - Aber hat weniger gekürzt bei Sozialleistungen und sozialen Diensten als andere EU-Länder; andere wirtschaftliche und politische Ausgangssituation; die Beschäftigungsquote blieb konstant

Was sagt die Forschung? (2)

- Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf **Sozialpolitik** und **Minimum-Income-System** in EU-Staaten (Mixed Method Studie 2016)
 - Uneinheitliche Reaktionen der Wohlfahrtsstaaten
 - Moderate und differenzierte Kürzungen
 - Zunehmende Fokussierung auf Verhaltenskonditionalität
 - Schleichender Abbau vor der Krise
- Sparmaßnahmen in EU Staaten und der **Zugang der Bevölkerung zur Gesundheitsversorgung** (Scoping Review Studie 2023)
 - Eingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zunahme unerfüllter Bedürfnisse sowie Probleme bei Erschwinglichkeit, Angemessenheit und Verfügbarkeit
 - Vulnerable Bevölkerungsgruppen – insb Menschen mit Behinderungen - waren überproportional von den Sparmaßnahmen betroffen



<https://de.freepik.com/fotos-vektoren-kostenlos/achtung-schild>

Ökonomische Auswirkungen für Menschen mit Behinderungen – wo Gefahren drohen

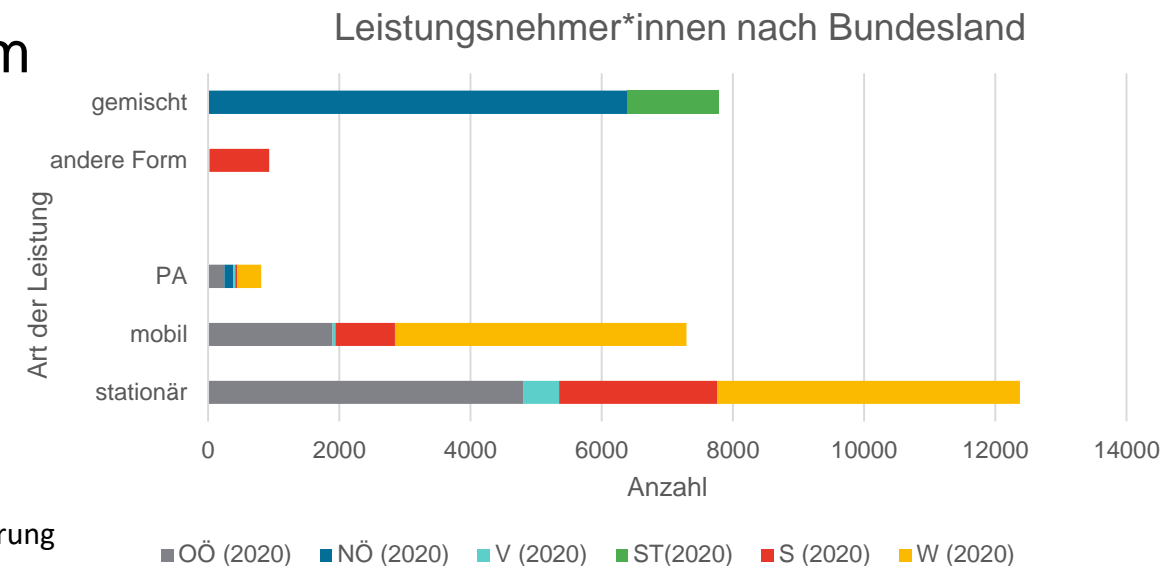
- Disability Gap
 - Bildung, Erwerbsarbeit, Armutsrisikorate
 - Intersektion von Behinderung mit anderen Charakteristika
- Langfristige Auswirkungen von Benachteiligung und Segregation z.B. durch Sonderschule oder Ersatzarbeitsmarkt
- Zusatzkosten durch Sondersysteme und fehlende Barrierefreiheit
- Individuelle Personen als auch die Haushaltsebene betroffen
- Staatliche Sparvorgaben bergen Gefahren
 - Personen mit Behinderungen überproportional zu treffen
 - Verweigerung von Rechten und Kürzungen von Leistungen
 - Verknüpfung mit bestimmten Verhaltensanforderungen
 - Vermarktlichung (Re-Kommodifizierung)
 - Verweis auf den informellen Sektor (Re-Familialisierung)
 - Erhöhtes gruppenbezogenes Risiko für soziale Ausgrenzung und Armut (De-Stratifizierung)

Strategie- und Budgetbericht 2025-2026

- 1/3 durch mehr Einnahmen
 - Abgaben und Steuern
- 2/3 durch weniger Ausgaben
 - Bund, Länder und Gemeinden entwickeln Sparmaßnahmen
- Behinderung in vielen Bereichen und Ebenen (mit)administriert
 - Budgetanalyse mit Fokus auf Behinderung schwierig
 - Bekenntnis zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
 - Licht und Schatten: Berufliche Teilhabe, Pflegegeld, Pflegefonds und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen
- Höhere Kosten treffen untere Einkommensgruppen überproportional
- Einsparungen bei Familien-, Sozial-, Pflege- und Gesundheitsleistungen, für Arbeitsmarkt und Bildung werden Menschen mit Behinderungen treffen – auch wenn nicht explizit genannt
- In nächster Zukunft sensibel achten auf:
 - Rückbau von Leistungen
 - Verschärfung von Zugangskriterien
 - Einhaltung der Leitprinzipien und Mindeststandards der UN-BRK
 - Stärkung der Antidiskriminierungsrechte

Beispiel Wohnen

- 9 unterschiedliche Regelungen für die Behindertenhilfe
- 2/3 des Länder-Sozialbudgets: Behindertenhilfe-Leistungen (Referenz OÖ)
- Größter Budgetposten in der Behindertenhilfe: Wohnleistungen
- Größter Budgetposten bei den Wohnleistungen: stationäre und teilstationäre Wohnleistungen
- Keine strukturiertes Monitoring, keine Daten auf Nachfrage erhältlich
- Art 19 UN-BRK fordert Selbstbestimmtes Leben (= Deinstitutionalisierung)
 - Deinstitutionalisierung im Regierungsprogramm unter Punkt Barrierefreiheit
 - 15a Vereinbarung für Behindertenhilfe?



Menschenrechte und Budgethoheit – ein Spannungsverhältnis?

- Häufig wird argumentiert: „Das ist politisch wünschenswert, aber derzeit nicht finanzierbar.“
 - Menschenrechte sind keine Kann-Bestimmungen.
- UN-BRK verlangt: Budgetentscheidungen müssen **menschenrechtskonform** erfolgen
 - UN-Fachausschusses (2017) betont:
Selbst unter Haushaltszwängen („in finanziellen oder wirtschaftlichen Krisenzeiten“) dürfen Mindeststandards nicht unterschritten werden
 - Das sind die sogenannten „minimum core obligations“ im Recht auf ein gutes und Selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft

**Fazit: Budgetpolitik ist nicht neutral, sondern menschenrechtlich gebunden.
Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen müssen mit Priorität
mitgedacht werden.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Quellen

- Marchal, S., Marx, I. & Van Mechelen, N. (2016): Minimum income protection in the austerity tide. IZA J Labor Stud 5, 4. <https://doi.org/10.1186/s40174-016-0052-7>
- Doetsch JN, Schlösser C, Barros H, Shaw D, Krafft T, Pilot E.(2023): A scoping review on the impact of austerity on healthcare access in the European Union: rethinking austerity for the most vulnerable. Int J Equity Health. 22(1):3. doi: 10.1186/s12939-022-01806-1
- Hauben, H., Coucheir, M., Spooren, J., McAnaney, D. and Delfosse, C. (2012): Assessing the impact of European governments' austerity plans on the rights of people with disabilities, <https://philea.issuelab.org/resources/22993/22993.pdf>
- Committee on the Rights of Persons with Disabilities: General comment no. 5 (2017) on living independently and being included in the community, <https://digitallibrary.un.org/record/1311739?v=pdf>
- Wegscheider A. (2024) Deinstitutionalization – quo vadis Austria? In Hachez I und Marquis N (eds) Repenser l'institution et la désinstitutionnalisation à partir du handicap. Bruxelles: Presses universitaires Saint-Louis Bruxelles, S. 663-683. <http://books.openedition.org/pusl/30059> Gemeinsam mit Schaur, M.
- Wegscheider A. (2024): Grenzen und Möglichkeiten von Selbstbestimmt Leben und Autonomie für Menschen mit Behinderungen, Juridicum H. 1, S. 49-60 Gemeinsam mit Schaur, M.
- Wegscheider A. (2022): Deinstitutionalisierung in Österreich im subnationalen Vergleich Report Wohnen für Menschen mit Behinderungen in Österreich. Unveröff. Lehrforschungsbericht, JKU Linz. Gemeinsam mit Schaur, M. & Studierende Master Sozialwirtschaft
- Wegscheider A (2020): Daheim oder Heim? Wohnen und Selbstbestimmt Leben für Menschen mit Behinderungen in Österreich. SWS-Rundschau 60/1: 89-108 Gemeinsam mit Schaur, M.
- Tiroler Monitoringausschuss (2021): Wohnen in Tirol - Teil 3: [Wohnen wie alle Menschen. Handreichung für selbstbestimmtes inklusives Wohnen und Deinstitutionalisierung.](#)
- Blanck, J. M., Menze, L., & Nusser, L. (2024): Subjective well-being in early adulthood—long-term consequences of inclusive vs. segregated education for students with special educational needs in Germany? *European Journal of Special Needs Education*, 1–17. <https://doi.org/10.1080/08856257.2024.2400770>
- BMF: Budgetunterlagen, Informationen zur Entwicklung des Budgetvollzugs und zum Haushaltswesen: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget.html>

2.3 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umsetzen

Plenum

Wie schon am Vormittag in der Diskussion um die Frauenrechte, forderten auch jetzt einige Teilnehmende, den Blick verstärkt auf intersektionale Diskriminierung zu richten: „Wenn wir über die Rechte von Menschen mit Behinderungen reden, müssen wir auch über die spezifischen Themen von Frauen mit Behinderungen reden.“ Frauen mit Behinderungen seien doppelt so häufig von Gewalt betroffen wie Frauen ohne Behinderungen. Eine notwendige Reaktion darauf wäre die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Denn ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben würde auch das Gewaltrisiko senken.

Immer wieder wurde bedauert, dass es keine Druckmittel zur Umsetzung der UN-BRK gebe. Österreich hat sich dazu verpflichtet, aber Länder, Gemeinden, aber auch Einrichtungen wie Universitäten sähen sich dadurch nicht in die Pflicht genommen. Auch bei Nationalen Aktionsplänen (NAP) gebe es das Problem, dass zwar Ziele festgelegt würden, aber keine klar verteilten Zuständigkeiten. Eine zusätzliche Gefahr sei das aktuelle Sparpaket der Bundesregierung, das deutliche Kürzungen vorsehe, die Menschen mit Behinderungen betreffen.

De-Institutionalisierung: Eigentlich dürfte kein Euro mehr in neue Einrichtungen fließen

Die UN-BRK sieht die De-Institutionalisierung vor – „kein Euro dürfte mehr in die Errichtung neuer Einrichtungen fließen“, brachte es eine Teilnehmerin auf den Punkt. Viele Probleme seien (auch) die Folge der nicht stattfindenden De-Institutionalisierung, etwa die Fehlplatzierungen von Jugendlichen in Altersheimen. Auch bei Erwachsenen sei es schwierig, sie wieder herauszubekommen, wenn sie einmal in einer Einrichtung untergebracht seien. Unklar sei auch, wie man mit Wegweisungen nach Gewaltvorfällen in Einrichtungen vorgehen solle: Was tun mit Täterinnen und Tätern, die pflegebedürftig sind? Oder mit Opfern, die pflegebedürftig sind?

Persönliche Assistenz: Föderalismus als „Hauptmanko“ für Menschen mit Behinderungen

Ein Schlüssel zur De-Institutionalisierung und damit zur Umsetzung der UN-BRK sei die Persönliche Assistenz, aber der Zugang sei noch immer schwierig. In die Persönliche Assistenz müssten alle verfügbaren Mittel umgeleitet werden. Aber tatsächlich seien nicht einmal alle Bundesländer bereit, das vom Bund zur Verfügung gestellte Geld auch abzuholen. Ein Teilnehmer machte den Föderalismus als „Hauptmanko“ für Menschen mit Behinderungen aus. Es gebe Beispiele in anderen Staaten, wo alle Menschen mit allen Behinderungen, die das wollen, mit Persönlicher Assistenz leben könnten. Als Positivbeispiel wurde Schottland genannt: Dort seien innerhalb von drei Jahren im Bereich der Persönlichen Assistenz sämtliche Institutionen abgeschafft worden.

Menschen mit Behinderungen scheinen in Statistiken nicht auf

Auch über Menschen mit Behinderungen gebe es eine große Datenlücke. So frage etwa die Statistik Austria bei diversen Erhebungen nur private Haushalte ab – Menschen in Einrichtungen würden nicht erhoben. Ergebnis: Eine fünfstellige Zahl von Menschen mit Behinderungen, in welcher Art von Einrichtung auch immer, würden in der Statistik nicht vorkommen.

Viele Frauenhäuser sind nicht barrierefrei

Eine Teilnehmerin zeigte sich schockiert, dass es Bundesländer gebe, wo kein einziges Frauenhaus barrierefrei zugänglich sei. Als Positivbeispiel nannte sie Innsbruck: Das Frauenhaus wurde barrierefrei neu gebaut. Und man kommuniziere auch aktiv, dass das Frauenhaus auch für Menschen mit Behinderungen da sei.

Ein Teilnehmer kritisierte das Vorgehen von Sozialministeriumservice (SMS) und Pensionsversicherung (PVA) und vor allem von deren Gutachterinnen und Gutachtern. Die Behörden müssten nicht nur fachlich, sondern auch menschlich besser geschult werden.

2.4 Podiumsdiskussion zu Rechten von Menschen mit Behinderungen

Parlamentsparteien im Gespräch

Nussbaum (SPÖ): Lästig bleiben, damit es zu keinen Verschlechterungen kommt

Verena Nussbaum (SPÖ) verwies auf geplante Verbesserungen im Regierungsprogramm, etwa bei Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Bereich. Im Gesundheitsbereich werde es das One-Stop-Shop-Prinzip geben, damit man nicht mehr „von Pontius zu Pilatus laufen muss, sondern sich an eine einzige Stelle wenden kann.“ Nussbaum: „Ich bleibe lästig, dass es zu keinen Verschlechterungen kommt, denn bei Sparpaketen ist immer die Gefahr, dass Menschen mit Behinderungen besonders betroffen sind.“

Fiedler (NEOS): Inklusiver Arbeitsmarkt und Sozialversicherung für Menschen mit Behinderung

„Das Um und Auf ist aber ein inklusives Bildungssystem“, sagte Fiona Fiedler (NEOS): „Die Sonderschulen sollten auch für Kinder ohne Behinderung geöffnet werden. Es geht gemeinsam besser, und alle haben etwas davon.“ Auch der Arbeitsmarkt müsse inklusiv werden: „In Tageswerkstätten werden Menschen ausgebeutet, das ist untragbar für eine Gesellschaft, der es so gut geht wie in Österreich. Lohn statt Taschengeld muss endlich umfassend umgesetzt werden.“ Es brauche sozialversicherungsrechtliche Absicherung, damit die Betroffenen in Pension gehen können und nicht bis ans Lebensende in der Werkstätte bleiben müssen.

Schallmeiner (Grüne): Föderalismus bremst gute Vorhaben aus

„Die föderale Struktur bremst uns bei allen guten Vorhaben völlig aus“, meinte Ralph Schallmeiner (Grüne): „Man wird die Länder in die Pflicht nehmen müssen.“ Er kritisierte, dass nicht alle Bundesländer am Pilotprojekt des Bundes zur Ausbau der Persönlichen Assistenz teilnehmen: „Persönliche Assistenz ist ein Punkt, wo vieles im Argen liegt, weil die Länder nicht einmal bereit sind, das bereitgestellte Geld abzuholen.“ Schallmeiner bekannte sich zur gemeinsamen Anstrengung: „Regierungs- und Oppositionsparteien müssen an einem Strang ziehen und im Behinderungs-Bereich stärker zusammenarbeiten als in anderen Politikbereichen.“

(Von der ÖVP hat niemand die Einladung der Volksanwaltschaft zur Diskussion wahrgenommen. Die Vertreterin der FPÖ musste sich kurzfristig wegen eines familiären Notfalls entschuldigen.)

2.5 Schlussfolgerungen der Volksanwaltschaft

Menschenrechtsnormen regeln das Verhältnis zwischen dem Staat und den unter seiner Verantwortung lebenden Menschen. Bund, Länder und Gemeinden haben die Pflicht, die Rechte und Freiheiten der Menschen durch entsprechende Gesetzgebung und Maßnahmen zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Insbesondere gilt es, auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) den Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung zu stärken. Bloße politische Bekenntnisse dazu reichen bei weitem nicht aus; vielmehr wäre es erforderlich, dass ein zwischen den Gebietskörperschaften und Selbstvertretungsorganisationen kooperativ fortlaufendes Arbeits- und Handlungsprogramm entwickelt und laufend auf seine Wirksamkeit und Zielgerichtetheit geprüft wird. Dazu gehört auch, die menschenrechtlichen Rechtsgewährleistungen individuell durchsetzbar zu gestalten – etwa durch die Schaffung einklagbarer Rechtsansprüche und durch die Bereitstellung eines effektiven Rechtsschutzsystems.

In der Vergangenheit wurde zu wenig unternommen, um die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen umfassend zu analysieren. Behinderung wurde häufig als medizinisches Thema verstanden, Menschen mit Behinderungen als auf Fürsorge angewiesene Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrgenommen. Das mag sich etwas verändert haben. Zentrale Herausforderungen sind aber nach wie vor ungelöst. Bund, Länder und Gemeinden verwiesen und verweisen auf Nachfrage auf in ihrem Zuständigkeitsbereich umgesetzte Maßnahmen, Projekte und die Belastung öffentlicher Haushalte; eine gemeinsame nationale Strategie und entsprechend koordinierte Herangehensweisen können so weder entwickelt noch evaluiert werden. Das rächt sich gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten und hat immer nachteilige Folgen für Menschen mit Behinderungen, die von ausgabenseitig budgetkonsolidisierenden Maßnahmen stärker betroffen sind als die Gesamtbevölkerung.

Im Rahmen beider Staatenprüfungen Österreichs zur Umsetzung der UN-BRK hat der zuständige UN-Ausschuss nicht ohne Grund datenbasierte Erhebungen – wie sie in Art. 31 UN-BRK verankert sind – eingefordert. Das steht im engen Zusammenhang mit dem „Menschenrechtsansatz“ („human rights approach“), der konzeptionell und methodisch dadurch gekennzeichnet ist, dass sich Politik und staatliches Handeln an den Menschenrechten auszurichten haben. Im Zusammenhang mit der UN-BRK spricht man deshalb auch von einer Wende von einer „Politik der Fürsorge“ hin „zu einer Politik der Rechte“, die konsequent zu verfolgen ist.

Der UN-Fachausschuss zur UN-BRK fordert deshalb, dass „statistische Daten über die Verwirklichung jedes der in dem Übereinkommen niedergelegten Rechte, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter, Art der Behinderung (körperliche Behinderung, Sinnesbeeinträchtigung, geistige oder seelische Behinderung), ethnischer Herkunft, städtischer/ländlicher Bevölkerung und sonstigen relevanten Kategorien“ gesammelt werden müssen.

Statistische Daten und Analysen zu Lebensbedingungen, ohne die weder eine Messung des Fortschritts bei der Umsetzung des Ziels noch die Evaluation politischer Maßnahmen möglich ist, liegen in Österreich seit kurzem erstmals vor. Das Projekt "Aufbau einer Datenstruktur

für regelmäßige Behinderungs- und Teilhabestatistiken" wurde im Auftrag des Sozialministeriums 2023 gestartet. Neben einer Dateninfrastruktur zu wesentlichen behinderungsrelevanten Datensätzen (Behindertenpass, Begünstigtenstatus, Grad der Behinderung und Pflegegeld-Bezug) sowie zu verwendeten Daten zu Wohnsituation, Arbeitsleben, Einkommen, Gesundheit und Lebensqualität hat die Statistik Austria dafür verschiedene Stichprobenerhebungen gemacht und neben dem Mikrozensus auch Erhebungen über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), die Gesundheitsbefragung, sowie die Befragung zu den sozialen Krisenfolgen herangezogen und verknüpft, um Datenlücken zu schließen.

Eine Novellierung des Bundesbehindertengesetzes im Juli 2024 macht es möglich, dass künftig mehr Verwaltungsbehörden Daten für die Erstellung von Behinderungs- und Teilhabestatistiken an die Statistik Austria übermitteln können. Rechtlich gewährleistet wurde, dass auch pseudonymisierte Daten von den Bundesländern, die im Rahmen der Chancengleichheitsgesetze/der Behindertenhilfe eine Vielzahl an Leistungen für Menschen mit Behinderungen erbringen, übernommen, ausgewertet und verglichen werden können. Es könnte damit künftig datenbasiert möglich sein, Veränderungen im Zeitverlauf zu analysieren, um Fortschritte oder Rückschritte sichtbar zu machen.

Impressum

Herausgeber: Volksanwaltschaft
 1015 Wien, Singerstraße 17
 Tel. +43 (0)1 51505-0
 <https://www.volksanwaltschaft.gv.at>

Redaktion und Grafik: Volksanwaltschaft

Herausgegeben: Wien, im Juni 2025